

gratis!

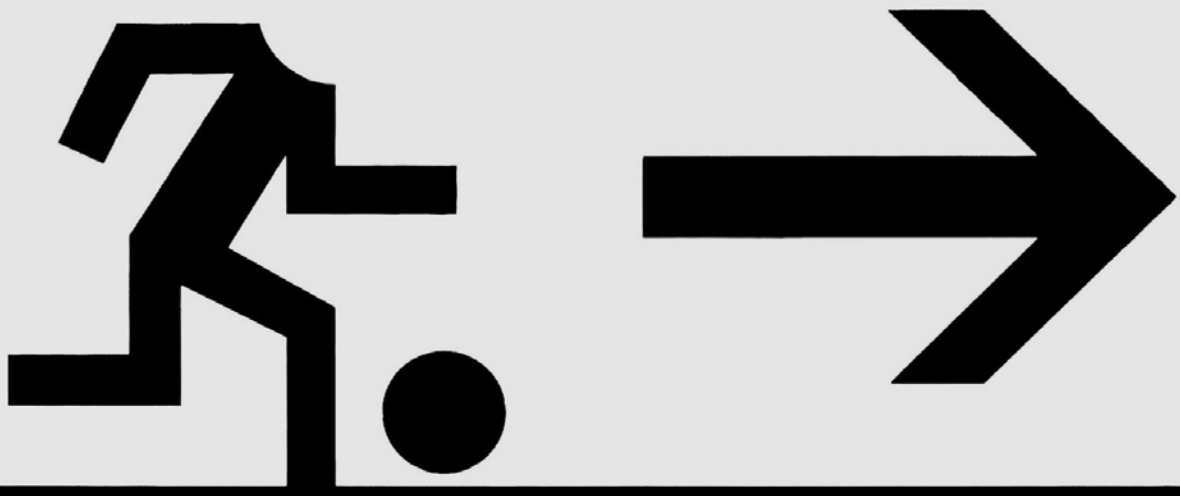
# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 60

Juni / Juli 2012

32 Sonderseiten zur  
Fußball EM 2012



mit komplettem Spielplan und allen Ergebnissen

Teilhabepaket – der große Flop?

Tempo 30 – Entschleunigung jetzt!

attac: Enteignet die Krisengewinnler!

# INHALT

Bildungs- und Teilhabepaket im Landkreis Celle	
Nur ein Drittel zweckgemäß verwendet	3
Zahnpflege statt Nachhilfe	4
Events nur noch für touristische »Best Ager«	
Endgültiges Aus für Altstadtfest?	5
Haushaltskonsolidierung	
Kürzungen trotz Mehreinnahmen	6
Tempo 30 ein „gesellschaftliches Ärgernis“?	
Entschleunigung im Schneckentempo	7
Tempo 30 und Verkehrssicherheit	8
Gleichstellungsbeauftragte & Landtagskandidaten	9
Laternengespräche	
Piraten und Piraten	10
Meldungen	12
Blick nach Rechts	
Extremismusklausel, Eschede, 1. Mai	14
Aktionäre fordern Abschied von Atom und Kohle	
E.ON gegen Energiewende	16
Interview mit Michael Schröder	
Facebook, Twitter & Co.	17
Freiraumdemo zu b 16	
Wir sind noch da! Ätsch	19
Aufruf des wissenschaftlichen Beirats von Attac	
Enteignet die Krisengewinner!	20
EM 2012 – das Aus für Merkel?	22
Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?	
Kulturloge für Celle	23
Rezensionen:	
Taibo: Die Rückkehr der Tiger von Malaysia	24
Birke/Henninger: Krisen Proteste	25
Termine in Kino, Kultur & Politik	26



## HALLO

„Noch nie hat ein deutscher Bundeskanzler den Gewinn einer Europameisterschaft durch eine deutsche Fußballnationalmannschaft länger als 849 Tage im Amt überlebt.“

Paul M. Schröder

Und anschließend kann sich dann Rot-Grün wieder daran machen, die Reichen zu verschonen und die Armen zu drangsalieren? Alles zum Besten der Wirtschaft und des Wachstums selbstverständlich.

Egal: Erstmal EM, dann Tour de France & obendrauf noch Olympia. Fußball geht ja los mit Polen gegen Griechenland; am Tag vor der Wahl haben die Griechen ihr letzten Gruppenspiel, und wenn sie nach Hause zurückkehren, gibt's vielleicht schon wieder die Drachme. Was nicht das Schlechteste wäre, oder? – Zumindest für die griechischen Untertanen.

Die deutschen Banken und ihre Regierung haben sich auf dieses Szenario (leider) mittlerweile vorbereitet & die griechische Misere lässt sich wunderbar der radikalen Linken in die Schuhe schieben – und noch besser den Aufbegehrenden in den anderen »Krisen«-Staaten als mahnendes Beispiel vor Augen führen. Aber vielleicht wiederaufersteht mit neuer Qualität ein altes Bewusstsein:

*Nein, nein  
Wir woll'n nicht eure Welt  
Wir woll'n nicht eure Macht  
Und wir woll'n nicht euer Geld  
Wir wollen nichts  
Von eurem ganzen Schwindel hör'n  
Wir wollen euren Schwindel zerstör'n*

Schönen Sommer wünscht – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle  
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro,  
Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

## Nur ein Drittel zweckgemäß verwendet

Kinder und Jugendliche von Familien mit wenig Geld sollen durch Zuschüsse zu Schulmittagessen, Klassenfahrten sowie Beiträge für Sportvereine oder Musikunterricht, für Schulmaterialien und Nachhilfeunterricht etc. gefördert werden. Das ist die Idee des sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes, für deren Umsetzung der Landkreis Celle zuständig ist. Dort heißt die Devise jedoch, nicht unbürokratisch, sondern möglichst bürokratisch. Die Lernförderung wird restriktiv gehandhabt und die Antragsteller\_innen haben einen Antragsmarathon zu bewältigen. Das zentrale Ziel des Bildungs- und Teilhabepaketes, die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen, wird vom Landkreis Celle nur unzureichend realisiert.

Die Devise scheint zu lauten „Daumen drauf und die Mittel aus dem Bildungspaket auf die hohe Kante legen“. So konnte der Landkreis von den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, die den benachteiligten Kindern zugute kommen sollten, im Jahr 2011 987.000 Euro auf die hohe Kante legen. Lediglich 507.000 Euro wurde an bedürftige Kinder ausgezahlt. Dies bedeutet, dass lediglich 1/3 dem vorgesehenen Zweck entsprechend verwendet wurden und in einer Größenordnung von rund einer Million Euro benachteiligten Kindern die Förderung vorenthalten wurde. Die Million bleibt in der Kreiskasse, denn das Land fordert nicht ausgegebenes Geld, das für Zahlungen aus dem Bildungspaket vorgesehen war, nicht zurück.

Und es ist nicht zu erkennen, dass der Landkreis daran etwas verändern will. Nein, im Sozialausschuss wurde verkündet, dass man auch in den Jahren 2012 und 2013 so verfahren will. Und er prognostiziert in den Jahren 2012 und 2013 ebenfalls Mittel in Höhe von rund 1.000.000 Euro, die nicht an Leistungsberechtigte des Bildungs- und Teilhabepaketes ausgezahlt werden.

Es wird kein Gedanke daran verschwendet, ob das System für die Betroffenen nicht entbürokratisiert werden sollte, eine personelle Verbesserung innerhalb des Antrags- und Informationsbereichs stattfinden sollte, eben den Berechtigten den Zugang zum Bildungspaket durch Beratung und Information zu erleichtern und sie über die sieben Antragsmöglichkeiten zu informieren.

Im Landkreis Celle ist die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes eindeutig geflopt. Gebracht hat es viel Bürokratie und Verunsicherung, aber keine echte Verbesserung der Chancen von bedürftigen Kindern und Jugendlichen.

Die Strukturen sind einfach nicht hinnehmbar. Sie reichen von der mangelnden Information der Eltern und Institutionen bis zu aufwendigen stigmatisierenden und schlicht absurden Verfahren. Lernförderung gibt es

beispielsweise nur, wenn unmittelbar die Versetzung eines Kindes gefährdet ist, die Eltern ein entsprechendes Gutachten der Schule vorlegen und monatelange Bearbeitungszeiten hinnehmen. So kann man sich als Antragsteller nur als Bittsteller empfinden, und es ist demütigend und entwürdigend, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu realisieren. Statt würdelose Antrags- und Prüfverfahren für individuelle Einzelleistungen durchzuführen, sollten die Leistungen ohne absurde Vorbehalte an die Berechtigten ausgezahlt werden.



Es darf nicht sein, dass Kinder nicht am Bildungssystem teilhaben können, weil ihre Eltern finanziell nicht in der Lage sind, das Potenzial der Kinder zu fördern. Es ist unverzichtbar, dass alle gleiche Bildungs- und Förderungschancen haben.

Die Politiker\_innen des Kreistages sind gefordert, dass die Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes im Jahre 2012 und 2013 in vollem Umfang direkt den bedürftigen Kindern und Jugendlichen gewährt werden. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass sonst weiterhin im Landkreis Celle gesetzlich zustehende Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket vorenthalten werden.

Aber auch grundsätzlich bleibt die Kritik: „Leistungen wie Nachhilfe oder Zuschüsse zur kulturellen und sportlichen Teilhabe wurden von vorneherein falsch angelegt. Entweder sind die Hürden zu hoch oder die Zuschüsse zu gering, als dass die Eltern die Leistungen überhaupt in Anspruch nehmen könnten“, kritisiert der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Ulrich Schneider. Er fordert eine grundlegende Reform: „Die Teilhabeleistungen müssen vollkommen neu konzipiert werden, um einfach und unbürokratisch für alle Kinder zugänglich zu sein.“

## Zahnpflege statt Nachhilfe

Mit dem »Bildungs- und Teilhabepaket« will Sozialministerin Ursula von der Leyen „2,5 Millionen bedürftigen Kindern aus Geringverdienerfamilien mehr Zukunftschancen“ bieten: „Ab sofort können sie bei Sport, Musik oder Kultur dabei sein [...] Das Bildungspaket folgt der großen Leitidee: Chancen eröffnen. Darauf haben die Kinder ein Anrecht.“

Doch die Bilanz ist ernüchternd; nach Umfragen des Landkreistages und des Städtetages hatten bis März 2012 Leistungen in % der Berechtigten beantragt:

- Teilnahme an gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung: 52 % bei den Kreisen und 42 % bei den kreisfreien Städten,
- Aufwendungen für Schulausflüge und Klassenfahrten: 24 % bei den Kreisen und 27 % bei den Städten,
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben: 14 % bei den Kreisen und 21 % bei den kreisfreien Städten,
- Schülerbeförderung und Lernförderung: jeweils 5 % bei den Kreisen und kreisfreien Städten.

Der Landkreis Celle hat – unserer Kenntnis nach – bisher weder gegenüber dem Kreistag, noch gegenüber der Öffentlichkeit seine Bilanz detailliert dargelegt. Dass nur 1/3 der verfügbaren Mittel ausgegeben wurden (siehe S. 3), lässt ähnliche Zahlen befürchten.



Erstaunlich ist dies nicht. Es liegt zum einen am Gesetz, dass zum Beispiel Lernförderung nur bei bescheinigter Versetzungsgefährdung vorsieht. Zum anderen aber gibt es in kaum Anstrengungen, das Paket bekannt zu machen. Wer nach Veröffentlichungen des Landkreises zum Thema sucht, stößt in den letzten 12 Monaten auf zwei Mitteilungen zum Umzug der Antragsstelle – das war's. - Es gibt anscheinend vom Leistungsträger, dem Landkreis Celle, nicht die geringste Motivation, die Leistungen an die Berechtigten zu bringen.

Und man scheint nicht einmal zu wissen, wie viele Anspruchsberechtigte es überhaupt gibt. In der CZ vom 10.03.2011 schätzte der Erste Kreisrat Matthias Krüger die Zahl der Kinder, die von dem Paket profitieren könnten, auf etwa 20.000. Zwei Monate später korrigierte der Leiter des Sozialamtes, Ralf Schumann, in der CZ vom 05.05.2011 die Zahl auf etwa 5.800 Kinder. Einen Monat später waren es in einer Sozialausschuss-Vorlage vom 16.06.2011 auf einmal 6.700 Kindern.

Der Landkreis Celle erhielt für das Jahr 2011 als Pauschalabgeltung für die BuT-Leistungen 1,494 Millionen Euro. Die Summe ergibt sich so: Der Bund hob hierfür seine Beteiligungsquote an den Kosten für Unterkunft und Heizung für die Jahre 2011-2013 um jeweils 5,4 Prozentpunkte an. Im Jahr 2011 gab der Landkreis aber nur 507.000 Euro aus. Eine Rückzahlungspflicht besteht für das Jahr 2011 nicht.

Die »eingesparten« Mittel sollen jetzt für andere Zwecke verwendet werden; und zwar insbesondere für

- Maßnahmen der Schulsozialarbeit, die an den Fähigkeiten und individuellen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen anknüpfen sowie Zugänge zu außerschulischen Bildungs- und Teilhabeangeboten ermöglichen;
- Maßnahmen zur Unterstützung sozial benachteiligter junger Menschen bei der Überwindung individueller Hindernisse, die der beruflichen Integration im Wege stehen,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsstruktur, nämlich für Schüler/innen im Bereich Versorgung mit Mittagessen und für Kinder und Jugendliche im Bereich außerschulischer Bildung und Teilhabe.

Mit den Zwecken des eigentlichen BuT-Pakets hat dies nichts zu tun, was noch deutlicher wird beim Blick auf einzelne Maßnahmen. So geht es z.B. um die Finanzierung einer Honorarkraft im Bereich Jugendzahnpflege, eine Theateraufführung zum Thema Kariesprophylaxe oder die Beschaffung von fünf Krippenwagen für das Familienbüro des Landkreises. Der Landkreis steckt also Geld, dass eigentlich Kindern aus einkommensschwachen Familien zugute kommen soll, in Maßnahmen, die damit nichts zu tun haben.

Die Ratsfraktion Die Linke/BSG hat dies im Mai zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Die Stadt Celle sei für die Leistungsbewilligungen zwar nicht zuständig, aber so der Fraktionsvorsitzende Oliver Müller (BSG): „Wir sollten nicht so tun, als ob uns der Erfolg des Bildungs- und Teilhabepakets egal ist. Und als Erfolg können wir nur werten, wenn die Mittel zielgerichtet in Anspruch genommen werden. Das ist scheinbar nicht gelungen.“ Jetzt müsse es darum gehen, Ideen zu entwickeln, wie das Teilhabepaket in der Stadt zu einer besseren Umsetzung kommen kann.

## Endgültiges Aus für Altstadtfest?

„In den bunten Strauß an Veranstaltungen, den wir zusammengestellt haben, würde gar kein Altstadtfest mehr hineinpassen“, so die Chefin der Tourismus und Stadtmarketing Celle GmbH (TSC) Marianne Krohn im April gegenüber der CZ; und das soll auch für die Zukunft gelten. Zumindest die Ratsfraktion Die Linke/BSG will das nicht hinnehmen und regte einen »Runden Tisch« zum Thema an; auch die Celler Rockmusikinitiative wendet sich gegen eine Beerdigung des Altstadtfestes.

Schon zu ihrem Dienstantritt hatte Marianne Krohn ihren Linie klar definiert: „Mit einem werthaltigen und qualitätsorientierten Angebot im Kulturtourismus zielt unser Angebot in erster Linie auf die sogenannten »Best Ager«. Damit wird ein zahlungskräftiges, Kultur- und Genuss affines Publikum mittleren Alters adressiert, welches bereit ist, für besondere Erlebnisse auch einen etwas höheren Preis zu zahlen.“ (CZ, 08.10.2011)

Dergestalt sieht dann der „bunte Strauß an Veranstaltungen“ aus, in den kein Altstadtfest hineinpasst: ein Kunst- und Handwerkermarkt im Mai, Anfang Juli eine »Britische Woche« mit »Big Tattoo«, selbstverständlich der »Weinmarkt« und im August eine »Fête Française« mit Markt, Kulinarischem und Kleinkunst. Nun mag es durchaus ein vertretbares touristisches Konzept sein, die Pensionärspaare Niedersachsens nach Celle zu locken. Aber: Wenn die TSC sich so neu »ausrichtet« und für das Altstadtfest nicht mehr zuständig fühlt, sollten Politik und Verwaltung auf die entstehende Lücke reagieren.

Doch bisher hat einzig die Ratsfraktion Die Linke/BSG reagiert. Oliver Müller (BSG): „Es kann doch nicht ernsthaft argumentiert werden, ein Altstadtfest passe nicht zwischen Kunst- und Weinmärkte. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Wenn die TSC GmbH sich für Celles Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zuständig fühlt, denn darum geht es beim Altstadtfest, dann ist das jetzt immerhin eine klare Ansage.“ Die Art und Weise, wie die TSC-Chefin eine beliebte Traditionsveranstaltung wie das Altstadtfest schlecht rede, könne er nicht nachvollziehen: „Aber das ist wahrscheinlich die Konsequenz eines Konzepts, dass auf 'Klasse statt Masse' setzt.“ Die Ratsfraktion Die Linke/BSG hat deshalb angeregt, dass die Stadt als Moderator jetzt Kulturveranstalter und andere wichtige Akteure an einen Tisch holen soll, um spätestens im nächsten Jahr eine Neuauflage des Altstadtfestes zu etablieren. Oliver Müller: „Es gibt inzwischen sowieso eine Szene, die mehr Ahnung davon hat, was die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gern haben und die dabei nicht nur auf touristische Effekte schielen.“ Aber auch die Stadt sieht er in der Pflicht: „Dabei geht es in erster Linie um die Gewährleistung einiger technischer Voraussetzungen. Vielleicht spielt Geld gar nicht eine so große Rolle, wenn rechtzeitig mit Sponsoren gesprochen wird. Und es muss für

ein Stadtfest auch nicht unbedingt sein, irgendwelche Pop-Acts zu engagieren. Das erforderliche Flair kommt mit Sicherheit auch oder mehr noch durch regionale Bands.“

Bernd Zobel (Grüne), Aufsichtsratsvorsitzender der TSC, bezichtigte Müller der „Unwissenheit“ und des „Populismus“. Dieser habe ein „verklärtes Bild“ vom Altstadtfest: „Wenn es denn so eine beliebte Traditionsveranstaltung gewesen sein soll, dann stellt sich doch die Frage, warum sie absolut defizitär gewesen ist und viele Besucher nicht bereit waren, sie durch einen kleinen Obolus zu unterstützen. Es gab und gibt augenblicklich kein solides Finanzierungskonzept für ein Altstadtfest.“ (CZ, 28.04.2012)



Die Frage der Finanzierbarkeit stellt sich zu Recht, aber selbstverständlich gibt es keinerlei Zusammenhang zwischen Beliebtheit und der nachvollziehbaren Weigerung, für ein Altstadtfest einen »Eintritt« zu bezahlen.

Bei den Altstadtfesten der letzten Jahre ist ein unangemessen hoher Aufwand betrieben worden; das betraf zum einen die Bühnentechnik, zum anderen aber auch die Gagen für »Zugpferde«, die niemand braucht (während die lokalen Bands teilweise mit Mikro-Gagen abgespeist wurden). So gesehen war es auch ein Stück »Größenwahn«, der die Kosten aus dem Ruder laufen ließ.

Mit den Einnahmen aus Getränkekonzeptionen lässt sich in jedem Fall ein spannendes und auch kulturell hochwertiges Altstadtfest durchführen. Genau das will auch die Celler Rockmusik-Initiative; sie macht sich für ein „kleines sympathisches und auch finanzierbares Fest“ stark, ohne strittigen Eintritt und vor allem mit regionalen Bands. Jetzt geht es darum, die Akteure zusammenzubringen, die für 2013 wieder ein Altstadtfest auf die Beine stellen. Das Potenzial ist vorhanden. Das Publikum auch: Bei einer – nicht repräsentativen – Umfrage der CZ wollten 81 % der Teilnehmer\_innen, dass es 2012 „in Celle auf jeden Fall ein Stadtfest geben“ soll.

Foto: »So What« auf dem Altstadtfest 2009, würden wir gern wiederschen – im Notfall auch mit Sparkassen-Logo.

## Kürzungen trotz Mehreinnahmen

Seit Mitte April liegt dem Stadtrat eine »Haushaltskonsolidierungsliste« vor, mit der die Verwaltungsspitze Vorschläge für Einnahmeverbesserungen und Ausgabenkürzungen für die Haushalte ab 2012 macht. Einiges wird für Diskussionen sorgen. Insbesondere weil die Verwaltung im Mai mit Zahlen für das Haushaltsjahr 2011 überraschte: Das ursprünglich erwartete Minus von 14,2 Mio. Euro reduzierte sich um 8,6 Millionen.

Das positive Ergebnis für 2011 lässt sich zum einen auf erhebliche Mehreinnahmen zurückführen: unter anderem 2,88 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer, eine Million über die Zuweisungen aus der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen. Bei den Ausgaben gab es positive Effekte bei den Zuführungen für Pensionsrückstellungen (1,5 Mio. Euro), jeweils rund eine halbe Million beim Personal und bei der Jugendhilfe usw.

Die Verwaltung brachte ihr Haushaltskonsolidierungskonzept für 2013 trotz der positiven Entwicklung im Finanzausschuss ein: Dabei verspricht sich die Stadt den größten zusätzlichen Einnahmeposten von einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Punkte auf 390. Das soll zusätzliche 1,1 Mio. Euro bringen. Hier jedoch könnte die Stadt weit mehr tun, denn: Unter den 19 niedersächsischen Städten mit mehr als 50.000 Einwohner\_innen liegt sie derzeit auf Platz 14. Zwölf Städte haben Hebesätze von über 410 Punkten. Was bedeutet die jetzt beabsichtigte Erhöhung eigentlich für die betroffenen Betriebe? Eine Personengesellschaft mit 50.000 Gewinn müsste künftig statt rund 3.400 Euro gerade mal 100 Euro im Jahr mehr bezahlen. Kapitalgesellschaften, die auf einen Gewinn von 50.000 Euro rund 6.700 Euro Gewerbesteuer zahlen, müssten künftig knapp 200 Euro mehr zahlen.

Ebenfalls erhöhen sollen sich die Grundsteuer A für landwirtschaftliche Flächen und die Grundsteuer B für bebaute Grundstücke. Bei der Grundsteuer A soll der Hebesatz um 90 Punkte auf 360 erhöht werden, dabei

aber nur geschätzte 27.000 Euro Mehreinnahmen bringen. Der Hebesatz für die Grundsteuer B soll um 10 Punkte auf 430 angehoben werden; das soll Mehreinnahmen in Höhe von 270.000 Euro bringen – was aber für eine\_n durchschnittliche\_n Eigenheimbesitzer\_in nur eine kaum registrierte Erhöhung bringen dürfte.

Andere Vorschläge der Verwaltung werden für mehr Diskussionen sorgen: Durch die Streichung des Mehr-Kind-Vorteils bei den Kita-Entgelten sollen ab 2014 knapp 400.000 Euro Mehreinnahmen erzielt werden. Das so genannte »Baby-Begrüßungspaket« soll gestrichen werden und eine Einsparung von 25.000 Euro bringen. Die Bezuschussung der Drogenprävention Harburger Berg soll ab 2014 wegfallen und 55.000 Euro einsparen. Der Zuschusses für den Jugendclub Bahnhofstraße soll Schritt für Schritt gekürzt werden (bis 2012 um 36.000 Euro). – Insgesamt soll dieses Haushaltskonsolidierungskonzept eine Entlastung von rund 2,5 Millionen Euro jährlich bringen.

Selbstverständlich taugt das zunächst nur dazu, überhaupt über die Runden zu kommen. Seit Jahren gelingt es der Stadt Celle nämlich nicht, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen – von Überschüssen ganz zu schweigen. Zum Jahresende 2010 lag die investive Verschuldung bei rund 154 Millionen Euro. Dazu kommen sogenannte Liquiditätskredite (eine Art Dispo mit niedrigem, aber schwankendem Zinssatz) in Höhe von rund 62 Millionen Euro.

Celle fällt dabei nicht aus dem Rahmen: Allein 2009 bis 2014 häufen die niedersächsischen Kommunen 7,5 Mrd. Euro Defizite an. Gleichzeitig nutzen sie nur unzureichend ihre Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung durch die Gewerbe- und Grundsteuern.

Wenn sich eine Stadt wie Celle z.B. ein Theater und ein Kunstmuseum »leistet«, dann sollten dafür gerade auch die örtlichen Steuern herhalten. Die Attraktivität »ihrer« Stadt müssen sich Betriebe und Bürger\_innen eben etwas kosten lassen. Leider ist die gängige Argumentation eine andere: Wer die Gewerbesteuer erhöht, vertreibt die Betriebe in Gemeinden mit geringeren Hebesätzen und wer die Grundsteuer B erhöht, brüskiert die bürgerlichen Wähler\_innen. Beides ist im wesentlichen Ideologie. Vor dem letzten Haushalt wurden die Bürger\_innen aufgefordert, Sparvorschläge zu machen. Vielleicht sollte mal eine andere Frage gestellt werden: Was ist es Industrie und Gewerbe wert, dass ihre Angestellten und Kund\_innen in einer sozial und kulturell I(i)ebenswerten Stadt bleiben? Und was sind Hausbesitzer\_innen bereit, dafür zu zahlen?





## Entschleunigung im Schneckentempo

Wären im vergangenen Jahr 3991 Menschen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr getötet worden, hätten wir wohl zumindest eine polarisierte Diskussion. Bei den 3991 Menschen die im Jahr 2011 auf deutschen Straßen ums Leben kamen (und den 389.000 Verletzten) gibt es das nicht. Es ist wissenschaftlich eindeutig belegt (siehe nächste Seite), dass diese Zahl mit Geschwindigkeitsbegrenzungen erheblich reduziert werden kann. Dazu gehört auch Tempo 30 im innerstädtischen Verkehr. Vor diesem Hintergrund scheint es geradezu absurd, dass dies nicht längst die innerörtliche Regelgeschwindigkeit ist. Es ist fahrlässig, mit welchem Schneckentempo die Verwaltungsspitze die Ausweitung entsprechender Zonen betreibt. Und es ist zynisch, wie und warum die Wirtschaftsfreiheitsfreunde von FDP-Ratsfraktion und Industrie- und Handelskammer sich gegen Entschleunigungsmaßnahmen sperren.

Anlass für einen öffentlichen Schlagabtausch im Mai bot ein kleines Paket von temporeduzierenden Maßnahmen, für deren Umsetzung die Verwaltungsspitze die Zustimmung des Rates nachsuchte. Unter Gesichtspunkten von Lärmreduzierung sollen folgende Straßenabschnitte „beruhigt“ werden:

Der Bereich Harburger Heerstraße Einmündung Hohe Wende bis Hartzerstraße mit einer Geschwindigkeitsverringerung auf Tempo 30 am Tag und in der Nacht; ebenso in der Lüneburger Heerstraße von der Einmündung Dörnbergstraße bis Nöldekestraße und südwestlich des Siemensplatzes sowie von der Einmündung Berggartenstraße bis Siemensplatz. Die Straße Am Wasserturm und die Bernstorffstraße werden in die bestehenden Tempo-30-Zonen eingebunden. Dann gibt es noch einige Straßenabschnitte für die Tempo 30 bei Nacht gelten soll – also allein aus Lärmschutzgründen.

Dies ließ den FDP-Ratschef Joachim Falkenhagen quengeln: *„Tempo 30 auf Durchgangsstraßen zu Zeiten, in denen Handwerksmeister und Selbstständige durch zügiges Vorankommen ihr Einkommen und die von ihnen zu zahlenden Steuern erwirtschaften, sind ein gesellschaftliches Ärgernis. Diese Begrenzungen gehören abgeschafft.“* (CZ) Verständnis habe man für den Schutz der Nachtruhe, aber für mehr nicht.

Martin Exner, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Lüneburg-Wolfsburg, sprang ihm mit einem Brief an Celles OB Mende zur Seite: *„Mit Sorge werden wir seitens betroffener Unternehmer auf die zunehmende Ausweisung von Tempo-30-Strecken im Celler Straßenbestand – auch im Bereich der die Stadt querenden Bundesstraßen – angesprochen.“* (CZ) Unstrittig sei, dass die Tempobegrenzungen zu einer Behinderung des Verkehrsflusses führten, so Exner – was völliger Quatsch ist (siehe nächste Seite).

Die einzige öffentlich vernehmbare Stimme gegen diese autolobbyistische Propaganda kam von Nadin Bisewski, Vorsitzende des Kindergarten-Stadt-Elternrats (KSE) und für die Grünen stellvertretende Ortsbürgermeisterin im Stadtteil Hehlentor. Sie fordert die flächendeckende Einführung von Tempo 30. Sie führte zentral die Aspekte der Verkehrssicherheit ins Feld: Die Zahl der Unfälle sinke um mindestens 20 %; in Hamburg sei in Tempo-30-Zonen die Zahl der Schwerverletzten um 37 %, in Münster sogar um 72 % zurückgegangen. Und sie kritisierte gegenüber der CZ die Verwaltungsspitze: *„Im Alten Bremer Weg haben sich fast alle Anwohner für Tempo 30 ausgesprochen, der Ortsrat hat diese Forderung unterstützt, denn die Radfahrer, vor allem Schulkinder, müssen auf der Straße ohne Radweg fahren, wodurch sie natürlich besonders gefährdet sind. Leider ist die Angst vor neuen Tempo-30-Straßen anscheinend zu groß, als dass man sich endlich dazu durchringen könnte, die hier dringend benötigte Beschränkung auszusprechen.“*

Dass sich Verwaltung und Politik so schwer tun, hat tatsächlich zu tun mit der Angst vor den Wähler\_innen. Bei einer CZ-Internet-Umfrage sprachen sich von den 93 Teilnehmer\_innen 92 % dagegen aus, dass die Stadt weitere Tempo-30-Zonen ausweist.



Aber um Zonen geht es eigentlich längst nicht mehr: Tempo 30 muss die innerörtliche Regelgeschwindigkeit werden. Alles andere ist gegen jede Vernunft – der viel beklagte »Schilderwald« würde so verschwinden. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung fügt hinzu: *„Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in Ortschaften als Regelgeschwindigkeit meint nicht, dass auf auszuweisenden Strecken nicht auch höhere Geschwindigkeiten erlaubt werden können. Aber die »Beweislast« wird umgekehrt: Es muss streckenbezogen begründet werden, warum schneller gefahren werden darf – und nicht, wie heute die Regel, warum langsamer gefahren werden muss.“*

Foto: Rückeroberung des Straßenraums (»pavement to parks«) durch so genannte Parklet-Cafes in San Francisco.

# Tempo 30 und Verkehrssicherheit

## 1. Bei Tempo 30 ereignen sich weniger Unfälle

Die bislang vorliegenden Forschungsarbeiten zeigen, dass sich bei Tempo 30 deutlich weniger Unfälle ereignen als bei Tempo 50. Grund dafür sind die kürzeren Anhaltewege bei Tempo 30 in Vergleich zu Tempo 50. Bei 50 km/h ist der Anhalteweg 27,67 m, bei 30 km/h nur 13,29 m. Bei vielen Verkehrskonflikten zwischen Pkw und Fußgängern kommt es bei Tempo 30 nicht zu einem Aufprall, während es bei Tempo 50 noch zu einem Unfall kommen würde.

In der Arbeit von Brilon und Blanke (1992), die den Erfolg der flächenhaften Verkehrsberuhigung in sechs deutschen Modellstädten untersuchte, konnten folgende Veränderungen der Unfallzahlen festgestellt werden: 63 % weniger schwerverletzte und 49 % weniger leichtverletzte Personen. Ausschlaggebend für den Erfolg war die Einführung von Methoden zur Durchsetzung der Höchstgeschwindigkeit (bauliche Veränderungen oder polizeiliche Überwachung). Die Unfälle mit Kindern zeigten noch höhere Verringerungsquoten (bis zu 70 %).

## 2. Bei Tempo 30 haben Unfälle weniger schwere Folgen

Die bislang vorliegenden Forschungsarbeiten zeigen, dass nach der Einführung von Tempo 30 die Anzahl der bei Unfällen getöteten und schwerverletzten Personen um ca. 60 % bis 70 % zurückgeht. Grund dafür ist die Verringerung der Aufprallwucht bei Unfällen mit geringeren Geschwindigkeiten. So ist die Aufprallenergie bei Tempo 50 etwa 2,8 mal größer als bei Tempo 30. Der Aufprall bei Tempo 50 entspricht einem Fall aus 10 m Höhe, bei Tempo 30 entspricht er einem Fall aus „nur“ 3,6 m Höhe. Während bei einer Aufprallgeschwindigkeit von 30 km/h „nur“ 30 % aller verunglückten Fußgänger getötet werden, sind es bei Tempo 50 bereits 80 %.

## 3. Bei Tempo 30 können die Autofahrer/innen den Straßenraum besser wahrnehmen

Bei Tempo 50 liegt der Blick des Fahrers ca. 40 m vom Fahrzeug entfernt, bei Tempo 30 nur etwa 15 m. Der Blickwinkel wird dadurch breiter, die Situationen rechts und links der Fahrbahn werden besser wahrgenommen. Je schneller die Fahrgeschwindigkeit, desto schlechter können die Autofahrer/innen das Geschehen am Fahrbahnrand (z.B. Fußgänger, Radfahrer usw.) wahrnehmen. Das ist gefährlich für alle Verkehrsteilnehmer/innen, die vom Gehweg auf die Fahrbahn wechseln. Auch die Anzahl der wahrgenommenen Verkehrsschilder nimmt bei Tempo 50 in Vergleich zu Tempo 30 stark ab.

## 4. Bei Tempo 30 nehmen die Autofahrer/innen mehr Rücksicht auf Kinder

In Tempo 30-Straßen verringern Autofahrer wesentlich häufiger ihre Geschwindigkeit, wenn sie Kinder auf dem Gehweg sehen als in Tempo 50-Straßen. Grund dafür ist die bessere Wahrnehmung der Kinder am Fahrbahnrand bei einer geringeren Fahrgeschwindigkeit (siehe Punkt 3), aber auch die Erinnerung an die Kinderschutz-Norm: Tempo 30 – der Kinder wegen. Demgegenüber fahren die meisten Autofahrer auf

Hauptstraßen mit Tempo 50 an den Kindern zügig vorbei, ohne sie zu beachten und ohne ihre Geschwindigkeit zu reduzieren – obwohl es die StVO seit 1980 eindeutig anordnet (§ 3 Absatz 2a): „Fahrzeugführer müssen sich gegenüber Kindern, Hilfsbedürftigen und älteren Menschen insbesondere durch Verminderung der Fahrgeschwindigkeit und durch Bremsbereitschaft so verhalten, dass eine Gefährdung dieser Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist“.

## 5. Tempo 30 erhöht die Sicherheit von Senioren im Straßenverkehr

Ältere Verkehrsteilnehmer/innen können nicht so schnell reagieren, sie kommen deshalb als Autofahrer mit Tempo 30 wesentlich besser zu recht als mit Tempo 50. Sie haben mehr Zeit, sich richtig einzuordnen, die Verkehrszeichen wahrzunehmen und Entscheidungen zu treffen. Auch als Fußgänger und Radfahrer sind sie bei Tempo 30 besser geschützt.

## 6. Tempo 30 bringt mehr Sicherheit für alle nicht motorisierten Verkehrsarten

Die durch Tempo 30 erreichbare Unfallrisikominderung ist am stärksten bei den nichtmotorisierten Verkehrsarten. Die Reduktion der Unfallzahlen zeigt in diesem Bereich Werte von 60 % bis 70 %.

## 7. Tempo 30 bringt mehr Sicherheit für den motorisierten Verkehr

Auch der motorisierte Verkehr profitiert von Tempo 30. So zeigte z.B. die Evaluation von Tempo 30 in der Stadt Dinslaken eine Unfallkostenreduktion um 16 % auf den Tempo 30-Straßen, während auf den Tempo 50-Straßen eine Steigerung um 4 % zu verzeichnen war. Bei den Unfallzahlen zeigte sich in Dinslaken folgendes Bild: Während im Tempo 50-Netz eine Zunahme um 10 % beobachtet werden konnte, verringerten sich die Unfallzahlen mit Toten und Verletzten im Tempo 30-Netz um 36 %, die der Leichtverletzten um 11 % und die der Unfälle mit reinem Sachschaden um 6 %. Auch eine Evaluationsuntersuchung in der Stadt Graz (Tempo 30/50) zeigt, dass sich die Unfälle beim motorisierten Verkehr um 14 % verringert haben.

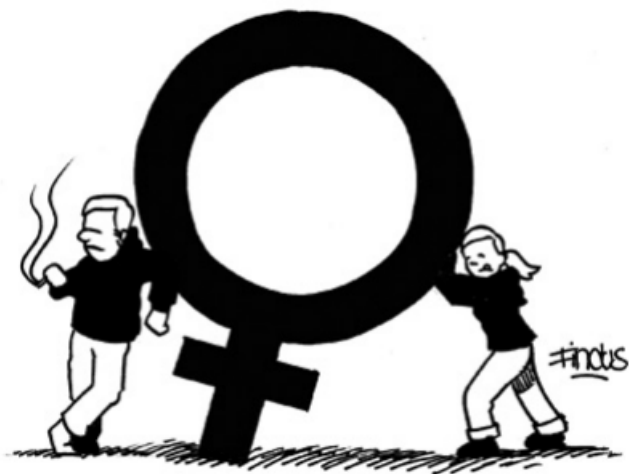
## 8. Tempo 30 erhöht die Fahrzeit nur unwesentlich

Bei Tempo 30 erhöht sich die Fahrzeit nur unwesentlich: Auf einer Strecke von einem Kilometer liegt der Zeitverlust bei 40 Sekunden. Wenn man bedenkt, dass die meisten Autofahrten innerhalb von Ortschaften unter einer Länge von 5 km liegen, liegt die maximale Verzögerung bei ca. 3 Minuten.

Quelle: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DownloadServlet/DownloadServlet/16004/Limbourg%20Expertise%20Tempo%2030.pdf>; dort auch mit Fußnoten und Literaturliste.







## Gleichstellungsbeauftragte

### Schlappe für rot-grün, Gewinn für Feminismus?

Rosemarie Lüters heißt die künftige Gleichstellungsbeauftragte der Stadt. Die 53-Jährige Dipl. Sozialpädagogin und frühere Krankenschwester aus Eicklingen hatte 2005 einen Master im Studiengang Social Work erworben und war zuletzt als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Praxisforschungsprojekten, u.a. mit Gender- bzw. Migrationsfragestellungen beschäftigt. Ihre Masterarbeit hatte eine frauenspezifische Forschungsperspektive; ein Blick in einige von ihr im Internet verfügbaren Artikel verrät, dass Lüters für einen Feminismus mit praktischer und sozialpolitischer Ausrichtung steht. Von daher hat sie das Potenzial, die zuletzt eher betuliche Gleichstellungsarbeit in Celle sowohl theoretisch wie praktisch wieder auf die Höhe der Zeit zu bringen.

In einer geheimen Abstimmung im Stadtrat wurde sie mit 23 zu 17 Stimmen gegen die unterlegene Eleni Mourmouri gewählt. Letztere ist in Celle bekannt über das Quartiersmanagement Neustadt, die Koordinierungsstelle des Projekts »Toleranz fördern«, und sie ist bei der Stadt im Referat Integration teilzeitbeschäftigt. Für ihre Wahl hatte sich besonders die Fraktion der Grünen stark gemacht, vielleicht auch weil Mourmouri in Hannover Parteimitglied ist und in unterschiedlichen Funktionen für die Grünen gearbeitet hat.

Vielleicht war letzteres ein Grund für CDU und WG sich im Vorfeld der Wahl gegen sie und für Lüters ausgesprochen zu haben. Da aber neben den Grünen auch Unabhängige, FDP und Linke zu Mourmouri tendierten, hätte eigentlich nur die SPD gefehlt, um ihr die Mehrheit zu verschaffen, von der vor der Wahl wohl auch alle ausgingen.

Am Ende haben wir das denkwürdige Ergebnis, dass – hauptsächlich getragen von CDU und WG – eine ausgewiesene Feministin den Job der Gleichstellungsbeauftragten bekommt. Und dass sie genau bei jenen, deren politischen Positionen sie wahrscheinlich weit näher steht, keine Zustimmung fand. – Wir finden das Ergebnis ausgesprochen gut.

## Verjüngungskur bei Landtagskandidaten

Im Januar 2013 stehen in Niedersachsen Landtagswahlen an. Die Parteien vor Ort wählten deshalb in den letzten Wochen ihre Wahlkreiskandidat\_innen. Heraus kam eine deutliche Verjüngungskur.

Den Job des »letzten Mohikaners« übernimmt bei der CDU der Hambührener Polizeibeamte Thomas Adasch. Der 47-Jährige ist seit der letzten Wahlperiode im Landtag. Er darf erneut im Wahlkreis Celle/Hambühren antreten; ein braver Parteisoldat, der sein ganzes Leben der CDU gewidmet hat und dafür erneut mit einem Landtagssitz seine Altersversorgung aufbessern kann. Denn es ist wenig wahrscheinlich, dass die SPD-Kandidatin Annette von Pogrell (46), Juristin und Tochter des »SPD-Urgesteins« Rüdiger von Borke, ihn bezwingt. Zum Nachteil dürfte ihr gereichen, dass sie in Bergen lebt und in der Celler Stadtpolitik praktisch keine Rolle spielt. Für die Bündnisgrünen tritt Nadin Biseweski an. Die 35-jährige Erziehungswissenschaftlerin ist noch relativ frisch in der Partei und hat bei der Kommunalwahl »nur« ein Mandat im Ortsrat Hehlentor erreicht. Ohne kommunalpolitisches Mandat, aber mit einem Sitz im Landesvorstand der Partei ausgerüstet ist Yilmaz Kaba. Der 27-jährige Yezide hat – wie wir hören – gute Chancen auf der Landesliste der Partei Die Linke weit oben zu landen; weit bessere jedenfalls als die seiner Partei, wieder in den Landtag einzuziehen.

Im Wahlkreis Celle-Land werden die Karten nach dem Tod des CDU-Landtagsabgeordneten Heinrich Langspecht und dem Rückzug von Rolf Meyer (SPD) neu gemischt. Die CDU muss sich noch zwischen den beiden Kreistagsabgeordneten Ernst-Ingolf Angermann (Langlingen) und Hartmut Ostermann (Lachendorf) entscheiden. Für die SPD tritt Maximilian Schmidt an; der 27-Jährige ist – ähnlich wie Adasch – ein Parteisoldat reinsten Wassers, den Landtag kennt er seit 9 Jahren als Mitarbeiter von Rolf Meyer, dessen Büro er übernehmen kann, wenn ihn die SPD auf der Landesliste gut platziert. Für die Grünen kandidiert mit Sebastian Baumeister (22), Kreistagsabgeordneter aus Eschede, der jüngste aller lokalen Kandidat\_innen. Und für die Linke geht Jörg Lehr (49) ins Rennen, der als Energieexperte der Partei punkten will.



## Piraten und Piraten



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Oma Lilo:** Warum wollen die GRÜNEN die Piraten eigentlich nicht an Land bekämpfen?

**Der lange Lulatsch:** Wieso? Gemeckert haben sie doch genug, denk an ihren Öko-Strahlemann Palmer, dem zufolge die Piraten ein funktionierendes Staatswesen zerstören ...

**Die Dicke:** Lilo meint nicht die Piraten, sondern die andern, die vor Somalia, wo das Staatswesen schon zerstört ist.

**Oma Lilo:** Woran aber wiederum nicht die Piraten schuld sind.

**Die Dicke:** Bis auf die Linken waren bisher ja alle im Bundestag dafür, die Piraten zu bekämpfen. Die Grünen fanden »Atalata« eine „gute Mission“ mit „hoher moralischer Akzeptanz“. Ihnen war egal, dass die Bundesmarine da Schiffe-versenken gegen böse Buben betreibt – ohne Gewaltenteilung, Unschuldvermutung und ähnlich demokratischen Klimbim. Nur jetzt darf bis zu zwei Kilometer ins Land rein geschossen werden und da wird's rot-grün wohl ein bisschen zu heiß.

**Der Besserwisser:** Die beklagte »Rechtlosigkeit« haben sich vor den Piraten ja zunächst andere zunutze gemacht, z.B. EU-Fischfangflotten, die das Meer vor Somalia als ein Angebot ansehen, ohne störende Beschränkungen durch eine Hoheit geschäftstüchtig drauflos fischen zu können. Andere Seefahrer freuen sich und nutzen diesen Zustand der Hoheitslosigkeit für ihren Giftmüll und sonstigen Dreck. Von *dieser* Art der Geschäftemacherei hört man nicht viel. Ganz anders sieht es mit der Geschäftsidee der ortsansässige Fischer aus, die sich auf die alte – vor allem von Europäern betriebene – Tradition des Kaperns besinnen. Da fühlen sich die führenden Handelsnationen selbstverständlich herausgefordert, als Schutzherrn ihrer Handelskapitalisten aufzutreten. Gegen die Piraten darf also Krieg geführt werden und Schiffen darf der Weg frei geschossen werden, ganz human selbstverständlich ...

**Oma Lilo:** ... und da es nicht so richtig gut läuft, wird jetzt der Küstenstreifen in Schutt und Asche gelegt.

**Der lange Lulatsch:** Und die Grünen und die SPD wollen ihren Kopf nicht hinhalten für unansehnliche »Kollateralschäden«.

**Die Dicke:** So ist das wohl, die SPD stimmte dagegen – und die Grünen enthielten sich.

**Oma Lilo:** Da können sie sich jetzt ja voll der Piratenbekämpfung im eigenen Land widmen.

**Der lange Lulatsch:** In Sachen Antimilitarismus treffen sie da ja auf ein Leichtgewicht. Wer sich einen überzeugten Katholiken und Regierungsrat im Bundesverteidigungsministerium an die Spitze der Partei wählt, wird nicht unbedingt pazifistische Wähler\_innen fischen wollen.

**Oma Lilo:** In Celle haben sie ja einen Soldaten zum Kreisvorsitzenden gemacht.

**Der lange Lulatsch:** Und sein Stellvertreter erweist sich als Großmeis-

ter des politischen Vergleichs ...

**Die Dicke:** ... irgendwie eine Spezialdisziplin der Piraten. Aber sag mal.

**Der lange Lulatsch:** Er schreibt, hört zu: *„Seit dem 11. September 2001 erfährt die westliche Welt einen beispiellosen Angriff. Einen Angriff auf die bürgerlichen Grundrechte. Beispiellos? Nein, eine Situation wie die heute hat es schon einmal gegeben: Vor rund 80 Jahren. Auch damals wurden Bürgerrechte beschnitten, Menschen unter Generalverdacht gestellt. Auch damals war der Wille zur Macht stärker als der Wille zur Moral. Ich finde es erschreckend, das nach 80 Jahren ein Instrumentarium, das von den Nationalsozialisten perfektioniert wurde, in Deutschland und anderen Ländern wieder bedenkenlos eingesetzt wird.“*

**Die Dicke:** Knapp daneben ist auch vorbei.

**Oma Lilo:** Ich würde sagen: Der Torschuss ging ins Seitenaus.

**Der lange Lulatsch:** Und einen Satz später beklagt er, dass Gleichsetzungen von Neonazis mit dem Nationalsozialismus letzteren verharmlosen würde. Da kann ich nur sagen: Bitte immer in der Reihenfolge: Erst mal nachdenken, am besten ohne eingeschaltetes Notebook, dann mal mit Leuten diskutieren – und irgendwann ist ein Gedanke vielleicht reif genug, das Licht der vernetzten Öffentlichkeit zu erblicken.

**Der Besserwisser:** Er hat ja noch so einen Vergleich drauf: *„Zinsen sind zerstörerischer als Atomkraft.“*

**Oma Lilo:** Upps – und schon sind sie in Celle eine weitere potenzielle Wähler\_innengruppe los.

**Der Besserwisser:** Das soll ein bisschen gegen Kapitalismus sein, aber eben nur gegen das vermeintlich Böse in ihm: die raffende Seite.

**Oma Lilo:** Das Wichtige ist, schrieb Marx, dass Zins und Profit beides Beziehungen des Kapitals ausdrücken.

**Der Besserwisser:** Der Pirat outet sich zudem als Fan der »österreichischen Schule«, spricht: Friedrich von Hayek, dem Apostel freier Märkte.

**Der lange Lulatsch:** Bleibt also nur die Forderung nach mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit der Politik?

**Der Besserwisser:** Aber es ist ja nicht so, dass die Bevölkerung z.B. vor Verabschiedung der Hartz IV-Gesetze im Unklaren gelassen worden wäre. Jede regierungsamtliche Härte wird in aller Öffentlichkeit breitgetreten und durch dutzende Talkshows abgewogen, was aber letztlich keinem ihrer Adressaten irgendetwas erspart. Die Möglichkeit kritischer Prüfung von Herrschaft garantiert eben nicht deren Menschenfreundlichkeit. Und die Notwendigkeit der Beurteilung politischer Herrschaft hat sich nicht damit erledigt, dass deren Wirken über Facebook bekannt gemacht und per Twitter zur Kenntnis genommen wird.

**Klein Jonas:** Schade, eigentlich sind Piraten doch toll, oder?

**Der lange Lulatsch:** Klar, die gibt's auch, z.B. die »Tiger von Malaysia« oder unsern Klaus Störtebeker und seine Likedeeler, ...

**Oma Lilo:** Letztere aber nur als Legende.

**Der lange Lulatsch:** Sicher, aber eine schöne – »Likedeeler«, das heißt ja soviel wie »Gleichteiler«; und nach der Legende haben diese Seeräuber ihre Beute eben gerecht aufgeteilt. Und sie haben »Mannschaftsrate« ins Leben gerufen, was nicht gerade typisch war für die mittelalterliche Gesellschaft. Aber jetzt lese ich dir mal was vor vom Piraten-Tiger Sandokan und seinem Kumpel Yanez ... [siehe Seite 24]





## Ernes evangelisch?

Das Gymnasium Ernestinum will partout nicht Gesamtschule werden. Deshalb hat der Schulvorstand bei der Landeskirche beantragt, eine »Evangelische Schule« zu werden. Der Schulelternrat sprach sich einstimmig dafür aus, das Lehrerkollegium in geheimer Abstimmung zu 95 Prozent. Der Celler Kirchenkreistag beschloss Ende April, das Ernestinum dabei zu unterstützen.



In einem »Elternbrief« informierte die Schulelternratsvorsitzende Cathérine Hollerbach so: *„Schulen in kirchlicher Trägerschaft haben mehr pädagog. und finanziellen Spielraum, der z.B. für eine Verringerung der Klassengrößen genutzt werden kann, - evang. Schulen entwickeln ihr humanistisch-christliches Profil bspw. durch das Angebot von gemeinsamen Gottesdiensten und Andachten, durch Sozialpraktika oder Patenschaften, [...] - wahrscheinliche Veränderungen sind: Religionsunterricht für alle, kein Werte/Normen Unterricht, Erhebung von Schulgeld (erfahrungsgemäß ca. 40-50 € pro Monat, aber i.d.R. mit "Sozialklausel", so daß keinem Kind aus finanziellen Gründen der Besuch des Ernestinums verwehrt bleibt); dieses Schulgeld enthält häufig auch Kopier- und Bücherkosten. Schüler anderer Konfessionen und konfessionslose Schüler können das Ernestinum in kirchlicher Trägerschaft besuchen (man sollte aber das Profil der Schule mittragen).“*

Hinter dem »frommen Wunsch« steht vor allem das Interesse, nicht Gesamtschule zu werden. Schon die Proteste im Januar gegen die Schulstrukturreform waren vor allem vom Ernestinum getragen. Denn entweder dort oder am Hölty wird es zum Schuljahr 2014/15 zur Bildung einer Gesamtschule kom-

men. Der Wechsel in die kirchliche Trägerschaft würde das Ernestinum »retten«. Die »altehrwürdige« Schule hatte sich schon einmal zum schützenden Biotop für die Sprößlinge des Besitz- und Bildungsbürgertums gemacht: Zu Zeiten der Orientierungsstufe konnte diese umgangen werden, indem mit der Wahl des Faches Latein ein sofortiger Übergang aufs Gymnasium angeboten wurde.

Allerdings: Die Chancen stehen schlecht, denn das mit der Landesregierung vereinbarte Kontingent an Schulen, die in Kirchenrägerschaft wechseln können, ist ausgeschöpft. Beim Kirchenkreistag wies – laut CZ – immerhin Pastor Matthias Riemann aus Winsen darauf hin, dass sich die Kirche vom Ernestinum instrumentalisieren lasse.

## Methusalem

Das Land prognostiziert der Stadt Celle bis 2030 eine Bevölkerungsabnahme um etwa 11 Prozent, das Landesamt für Statistik liegt mit 9 Prozent etwas niedriger. Für die Stadt ein gravierender Prozess, der zudem einhergeht mit einer generationellen Verschiebung: mehr Alte und immer weniger Junge. Gegenüber der CZ wies OB Mende auf Konsequenzen z.B. hinsichtlich der Schulen, aber auch für die Stadtplanung hin. So sei die Zeit, immer neue Baugebiete auszuweisen wohl vorbei. Kurios scheidet dagegen eher der Vorschlag, durch verbesserte Verkehrsanbindung als Wohnort für in Hannover arbeitende Menschen interessanter zu werden. Mit Nachhaltigkeit hat die Erhöhung von Berufspendelei eher wenig zu tun.

## Soldaten sind Mörder, ...

... und keine Helden – ein Transparent mit diesem Spruch störte immerhin für zwei Stunden die Bundeswehr-Werbeschau auf dem Großen Plan Anfang Mai. Mit dem so genannten »Karriere-Truck« und diversem Kriegsgerät versucht die Bundeswehr so auf einer »Never-endig-Tour« durchs Land ihre Nachwuchsprobleme zu lösen und für ihr Tun zu werben. Dass ihre Akzeptanz – trotz Afghanistan – vergleichsweise groß ist, durften die beiden, das Transparent haltenden Antimilitaris-

tinnen erleben. Glaubt mensch manchen vor Wut schäumenden Pasant\_innen verteidigt sich Deutschland vor allem gegen Elbe-Hochwasser und »den Iwan«, der ohne »unsere Jungs« wohl morgen schon am Rhein stünde. Aber auch belohnt wurden die Aktivistinnen: Ein Tourist schenkte ihnen aus Dank und Hochachtung je eine Tafel edler Huth-Schokolade. – Im übrigen ging das Gerücht um, dass das Kriegs- oder Werbegerät nächtens einem kleinen Farbanschlag ausgesetzt gewesen sei. Falls es stimmt, an dieser Stelle ein ausdrückliches Lob von der Redaktion.



## Kirche und Öko-Strom

Der Celler Kirchenkreistag hatte vor einem Jahr beschlossen, dass seine Gemeinden auf Ökostrom umsteigen sollen. Jetzt ist es soweit: Im Rennen um die Vergabe der 1,1 Millionen kWh der Kirchenkreise Celle, Soltau und Walsrode sind noch zwei Anbieter im Rennen. »Naturstrom« und »Naturwatt« – was sich so ähnlich anhört, hat seinen entscheidenden Unterschied darin, dass das Angebot der SVO (»Naturwatt«) zwar »ökologisch« einwandfrei ist, aber eben von einem Atomkonzern vertrieben wird und dessen Bilanzen verschönert. »Naturstrom« dagegen kann mit einem gänzlich AKW-reinen Firmengewissen aufwarten. Wer sich, wie die Kirche, wegen Fukushima zum Anbieterwechsel entscheidet, sollte nicht gerade zu E.ON wechseln. Aber wir ahnen und prognostizieren: Geld regiert am Ende die Welt – auch bei Kirchens.

## PPP-Vertrag offen

Erstmals hat die deutsche Bauindustrie einen ÖPP-Vertrag (Öffentlich Private Partnerschaft) offengelegt. Es handelt sich um den Vertrag zum Bau und Betrieb der Feuerwehrrauptwache Celle

durch das Bielefelder Unternehmen Goldbeck Public Partner GmbH und die Stadt Celle, der seit Ende März auf der Internetseite der Stadt eingesehen werden kann. Der Arbeitskreis Öffentlich-Private Partnerschaften im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie verspricht sich dadurch: „Mehr Akzeptanz durch mehr Transparenz.“ – Die Transparenz hat »selbstverständlich« ihre Grenze bei den vereinbarten Summen, dort gibt's nur schwarze Balken.

## Wietze-Prozess

Am 17. April fand im Amtsgericht Celle der erste Prozesstag im Bußgeldverfahren gegen eine Schlachtfabrikgegnerin statt. Vorgeworfen wurde ihr, dass sie den besetzten Bauplatz in Wietze, auf dem die umstrittene Schlachtfabrik der Firma Rothkötter gebaut werden sollte nicht freiwillig verließ. Schon von Beginn an zeigte sich die Strategie der Aktivistin, die Problematiken der Schlachtfabrik auch im Prozess zu thematisieren. So stellte sie Anträge, in denen sie Inhalte wie Tierausschneidung, Klimakatastrophe, Regenwaldrodung, und Abschiebung thematisierte und den Zusammenhang mit Kapitalismus und Herrschaft aufzeigte. Immer wieder wurde sie dabei durch Richter Fischer unterbrochen. Nach vielen Repressionen, Kontrollen, Einschüchterungen und fast sieben Stunden Verhandlung wurde der Prozess vertagt.

Am 2. Mai wurde der Einspruch gegen das Bußgeld zurückgewiesen. Ein ärztliches Attest, das der Tierschutzaktivistin Verhandlungsunfähigkeit bescheinigte, akzeptierte das Amtsgericht nicht und entschied in Abwesenheit. Die CZ kommentierte: „*Das Minderheiten einen Prozess nutzen, um öffentlichkeitswirksam auf Entwicklungen aufmerksam zu machen, die aus ihrer Sicht verwerflich sind, ist ihr gutes Recht. Wegen eines 200-Euro-Bußgeldes aber solch einen Zinnober zu veranstalten, das geht zu weit.*“ Eine merkwürdige Argumentation: Legt die Strafprozessordnung einen Streitwert bzw. ein Strafmaß fest, ab denen es nicht „zu weit“ geht? Und was ist auf der anderen Seite mit der Ordnungsstrafe, die die Tierschutzaktivistin vom Amtsgericht Hannover auf-



gedrückt wurde, weil sie sich dort als ZuhörerIn geweigert hatte, zur Urteilsverkündung aufzustehen. Gut 40 Jahre, nachdem Fritz Teufel dieses Ritual mit seinem legendären Spruch „*Wenn's der Wahrheitsfindung dient*“ entlarvte, ging das eindeutig „zu weit“.

## Auf dem Weg zur 100% EnergieRegion+

Das Aller-Leine-Tal hat ehrgeizige Ziele: Es will beispielhaft für eine ländlich geprägte großflächige Region die Energieversorgung für Strom und Wärme von fossilen und atomaren Brennstoffen auf eine Versorgung aus 100% regenerativen Energiequellen umstellen. Zum Kooperationsraum gehören auch die Gemeinden Winsen, Wietze und Hambühren. Seit Februar liegt ein umfangreicher Bericht vor mit dem Titel „*Auf dem Weg zur 100% EnergieRegion+. Modellhafte Studie zum Energieverbrauch und zur mindestens 100%igen Versorgung einer ländlichen Region in Niedersachsen aus erneuerbaren Energieträgern*“. Neben vielen grundsätzlichen Erwägungen gibt es auch einige Seiten zu den beteiligten Celler Landkreiskommunen. Während es bei der Stromerzeugung mit konventioneller Technik (z.B. Photovoltaik) das Defizit an regenerativ erzeugtem Strom in Hambühren auf 15,6 % und in Wietze auf 22,4 % möglich scheint, kann Winsen wegen seiner Biogasproduktion sogar eine Überproduktion von 35,9 % erzielen. Viel schwieriger sieht es im Bereich Wärmeenergie aus. Das größte Potenzial zur Verringerung des Einsatzes fossiler Brennstoffe bietet jeweils eine durchgreifende energetische Sanierung des vorhandenen Gebäudebestandes. Trotzdem bleiben erhebliche Defizite in Bezug auf regenerativ erzeugte Wärme. Für alle drei Gemeinden empfiehlt der Bericht: „*Angesichts der über-*

*wiegend dichten Siedlungsstrukturen vor Ort kann der Aufbau zentraler Wärmeversorgungssysteme ausdrücklich in Betracht gezogen werden. Die ausgezeichneten lokalen geologischen Voraussetzungen mit ausgedehnten Salzstockhochlagen sprechen diesbezüglich für die Anwendung mitteltiefer Geothermie.*“ Als Modellprojekte schlägt die Studie deshalb vor: Regionale Wärmenetze auf Basis von Holzpellets, lokale Nahwärmenetze auf Basis mitteltiefer Geothermie und lokale Wärmenetze auf Basis von Wärme aus Fließgewässern. Der Bericht ist abrufbar unter:

[http://www.haesulingen.de/solar/vorlagen/20120426-Bericht\\_100-Studie\\_endgueltige\\_Fassung.pdf](http://www.haesulingen.de/solar/vorlagen/20120426-Bericht_100-Studie_endgueltige_Fassung.pdf). Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich auf das Thema eingehen.

## Benzolwerte bei Erdgasfeld

Bei Untersuchungen auf einem Förderfeld im Kreis Celle wurden im März erhöhte Werte des krebserregenden Benzols an einer Kunststoffwasserleitung im Erdreich festgestellt. Die Leitung, die Wasser von der Erdgaslagerstätte in großer Tiefe transportiert, wurde stillgelegt und mit Süßwasser gefüllt, sagte ein Sprecher des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG). Das Förderfeld wird von ExxonMobil betrieben, die Lagerstättenwasserleitung E4020 befindet sich zwischen den Bohrungen Elwerath 51 und Elwerath 29 in den Gemeinden Adelheidsdorf und Nienhagen.

Im Mai gab ExxonMobil nach vom TÜV Nord durchgeführten Untersuchungen bekannt, dass in keiner der Grundwasserproben an der betreffenden Leitung Benzol, nachweisbar gewesen sei. Gleiches gelte für die oberhalb der Leitung genommenen Bodenproben. Trotzdem sollen die Leitungen nicht wieder in Betrieb genommen und mit den zuständigen Behörden ein Sanierungskonzept erarbeitet werden.

Das zuständige LBEG zeigte sich sowohl von den Ergebnissen überrascht als auch darüber, dass trotz der unauffälligen Proben die Leitung nicht wieder in Betrieb genommen und ein Sanierungskonzept angekündigt wurde.



## Extremismusklausel rechtswidrig

Seit 2010 beteiligt sich Celle an dem Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«, das Programm hieß vorher »Vielfalt tut gut«. Mit der Namensänderung kam auch die Verpflichtung der Projektträger, eine sog. »Extremismusklausel« zu unterzeichnen (sh. Revista 53). Zu verdanken haben wir das der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Von vielen Organisationen und Vertreter\_innen der Opposition wurde diese Klausel kritisiert, sie säht Misstrauen und kriminalisiert Projektträger und deren Kooperationspartner\_innen, sie hemmt bürgerschaftliche Engagement, das doch eigentlich gefördert werden sollte.

Schließlich hat das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V. (AKuBiZ) gegen diese Praxis geklagt. Ende April entschied das Verwaltungsgerichts Dresden, dass die »Extremismusklausel« des Bundes rechtswidrig ist. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt noch nicht vor. Bis dahin will Schröder an der bisherigen Praxis festhalten.

Das AKuBiZ freut sich in einer Presseerklärung über den Erfolg der Klage, die Extremismusklausel sei in Gänze rechtswidrig.

Ganz so sehen wir das nicht. Den ersten Passus, den von AKuBiZ ebenfalls kritisierten »Bekennniszwang« zur freiheit-

lich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik (FDGO) beanstandet das Gericht nicht. Das Gericht wertete allerdings insbesondere die Forderungen in den Sätzen 2 und 3 der Erklärung als zu »unbestimmt«, weil unklar bleibt, wer etwa Partner ist und welches Verhalten dem klagenden Verein konkret abverlangt wird. Auch die Formulierung »Unterstützung extremistischer Strukturen« in Form von »materiellen und immateriellen Leistungen« bewertete das Gericht ebenfalls als zu unbestimmt.

Nun könnten ja die Initiativen, die seit Jahren effektiv gegen Rechts arbeiten und auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, hoffen, dass die Klausel damit gekippt ist. Aber es kann genauso gut passieren, dass Bundesministerin Schröder »nachbessert«, also die unbestimmten Formulierungen konkretisiert.

Schließlich ist ihr diese Klausel nicht zufällig auf das Papier gefallen. Das Anna Seghers Bildungswerk (und nicht nur das!) bewertet die Sichtweise in Bezug auf »Extremismus« von Kristina Schröder als äußerst rechts: die bürgerliche Mitte muss geschützt werden – und zwar vor allem vor Linken. (sh. »Garten voller Böcke« aus dem Rundbrief 15 des Bildungswerks Anna Seghers)

Es bleibt also abzuwarten, ob die »Klausel« tatsächlich gekippt ist und damit ein Grund zum Jubeln besteht.

---

## Demo gegen Nazitreffen in Eschede

Seit über 25 Jahren werden in Eschede Nazitreffen durchgeführt. Aktuell steht die Sonnwendfeier bevor. Diese sogenannte Brauchtumsfeier dient, wie auch das jährlich stattfindende Erntedankfest, nicht nur dem gemeinsamen Feiern. Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Verabredungen getroffen, für anstehende Aktionen geworben. Besonders besorgniserregend ist, dass zu diesen Nazifeiern Familien mit ihren Kindern anreisen. Die Kinder werden von klein auf der Ideologie, den Werten und Anschauungen der extremen Rechten ausgesetzt. Sie wachsen mit dem Bewusstsein auf, dass nicht-deutsche Menschen weniger Wert sind als sie, dass es »heldenhaft« ist, sich gegen eine angebliche »Überfremdung« einzusetzen. Und bei solchen »Feiern« erfahren sie, dass sie nicht alleine sind. Sie werden gestärkt in ihrer chauvinistischen Haltung aus diesen Treffen herausgehen. Je nach Alter werden sie eine eher »gefühlte« Stärkung ihrer angeblichen Überlegenheit aus solchen Treffen mitnehmen – politische Indoktrination hat es im weiteren Leben dann nicht mehr schwer.

Aber das sind nicht die einzigen Zusammenkünfte der extremen Rechten in Eschede: In letzter Zeit traf sich die Kameradschaftsszene, es übte die »Trommelgruppe Norddeutschland« (sie bezeichnen sich selbst als Nationalisten, die auf Demos, Sonnwendfeiern, etc trommeln) und es fand ein Konzert mit 600 Neonazis statt. Erst Karfreitag dieses Jahres fand eine »Solidaritätsveranstaltung« mit knapp 100 Neonazis in Eschede auf dem Hof des Bauern Nahtz statt.

Bereits in der Vergangenheit hätte es Anlass gegeben, das Treiben auf Hof Nahtz zu beenden: 1992 fand eine Wehrsportübung der zwei Jahre später verbotenen Nationalen Liste Hamburg statt. Bei einer daraufhin durchgeführten Hausdurchsuchung in Eschede wurden Waffen, SS-Liedergut und eine Reichskriegsfahne gefunden.



1997 fand im unweiten Hetendorf die sogenannte »Hetendorfer Tagungswoche« statt. Es war die letzte vor dem Verbot des damaligen Nazizentrums. Allein aus Eschede nahmen 10 junge Neonazis daran teil. Wie erst im Februar dieses Jahres in der CZ zu lesen war, war bei diesem Treffen auch Beate Zschäpe, Mitglied der Nazi-Terrorgruppe NSU, in Hetendorf anwesend. Und auch einer der Täter, die Peter Deutschmann 1999 zu Tode prügelten, war 1997 bei diesem Nazitreffen. Die Hetendorfer Tagungswochen fanden immer zum Sommeranfang statt, die Sonnwendfeier war eines der Highlights dieser Treffen. Nachdem dort der Spuk vorbei war, entwickelte sich der Hof Nahtz in Eschede zum Ausrichtungsort der sommerlichen Nazifeiern in der Region. Und das nun seit mindestens 12 Jahren.

Es reicht! Jedes Nazitreffen ist eines zuviel!

Für dieses Jahr ist ein umfangreiches Programm für den 23.06.2012 geplant (siehe S. 27). Dies ist der Termin, an dem die Nazis aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Sonnwendfeier mit dem üblichen rechten Rahmenprogramm in Eschede bei Joachim Nahtz zelebrieren werden.



## Karfreitag – Neonazis feiern bei Nahtz

Eine Geburtstagsfeier und Versteigerung zugunsten der „in Haft sitzenden Kameraden“ aus dem Umfeld des »Aktionsbüros Mittelrhein« führte Anfang April einen Haufen Neonazis auf dem Nahtz-Hof in Eschede zusammen.

Am Karfreitag ab 16 Uhr fuhren zahlreiche Autos aus dem gesamten norddeutschen Raum sowie aus Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Thüringen auf das abgelegene Anwesen des NPD-Landwirts Joachim Nahtz in Eschede in der Lüneburger Heide. Mit Kind und Kegel reisten NPD-Funktionäre und »Freie Nationalisten«, darunter Klaus Hellmund, Andreas Hackmann, Markus Privenu, Patrick Kallweit, Friedrich Preuß oder Stephan Silar, an. Eingeladen hatten die »Düütschen Deerns« als auch »Freie Kräfte« aus Celle um Dennis Bührig. Vordergründig ging es dabei um eine Geburtstagsfeier von Nahtz mit Grillstand und nationaler Musik. Hintergrund jedoch war eine Solidaritätsveranstaltung für die am 13. März verhafteten 24 „Kameraden“ aus dem Umfeld des »Aktionsbüros Mittelrhein«. Für sie sollte in Eschede mit einer Versteigerung Geld gesammelt werden, also brachten fast alle Aktivisten Dinge wie Bücher, CDs oder Kleidung mit.

Mit der Razzia im Auftrag der Staatsanwaltschaft Koblenz im vergangenen Monat wurde die Szene im Westen empfindlich getroffen. Nicht nur einer ihrer zentralen Treffpunkte in Rheinland-Pfalz, das »Braune Haus« in Bad Neuenahr/Ahrweiler war Ziel, sondern auch führende Aktivisten aus der Region wie Sven Skoda, Axel Reitz, Paul Breuer oder der NPD-Kreisverbandsvorsitzende Sven Lobeck befinden sich seither in Haft. Solidarität mit ihnen und „den weiteren in Haft sitzenden Kameraden“ fordern nun vor allem die Kameradschaften. Dafür versammelte sich jetzt die Hardcore-Szene in Eschede. Ob allerdings auch die inhaftierten mutmaßlichen Komplizen des terroristischen »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) finanziell unterstützt werden sollen, darüber schwiegen sich die Organisatoren aus. Immerhin gab es eine jahrelange, rege Zusammenarbeit zwischen den thüringischen Neonazis um den inhaftierten Ralf Wohlleben aus Jena und den niedersächsischen Kameradschaften aus Celle und dem Weserbergland. (ar)

Veröffentlicht auf *Blick nach Rechts*, 11.04.2012



Als sich im Laufe des Vormittags die Vermutung bewahrheitete, dass das rechte Spektakel in Eschede stattfindet, kamen gut 50 Menschen zu einer spontanen Protestkundgebung zusammen. Knapp drei Stunden hielten sie an der Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenbergraus, um den anreisenden Neonazis zu zeigen, dass sie nicht erwünscht sind – nicht in Eschede und auch nicht anderswo!



1. Mai

## Nazis in Celle und Lehrte vertrieben

Celles DGB-Kreisvorsitzender Paul Stern unterbrach das Grußwort von OB Dirk-Ulrich Mende (SPD) als unter den 340 Kundgebungsteilnehmenden ein Transparent aus braunem Tuch gezeigt wurde mit der Aufschrift »Die Nation lebt nur durch die Arbeit aller - 1.MAI Tag der Deutschen« und dazu ein weiteres Transparent aus rotem Tuch mit dem Text: »Arbeit statt Jobs - Globalisten stoppen«. Der DGB-Sprecher rief: „Das scheint offensichtlich eine neonazistische Provokation zu sein. Ich fordere alle Kollegen auf, sofort dafür zu sorgen, dass das Transparent entfernt wird. Nazis raus! Nazis raus!“ Sofort stimmten Hunderte ein, während sich SPD-Funktionäre erst vor die Transparente stellten und dann migrantische und antifaschistische Kolleg\_innen beherzt gegen die widerborstigen Nazis zugriffen. Die etwa zehn Nazis um Anführer Dennis Bührig mussten schließlich unter Aufsicht einiger Polizisten den Platz verlassen. Nach 30 Minuten wurde die DGB-Kundgebung mit OB Mende am Mikro fortgesetzt: „Was man kaum heute sich noch vorstellen mag, diesen Tag der Arbeit, einen internationalen Tag der Solidarität missbrauchen, um faschistoides Gedankengut unter das Volk zu bringen. Von daher bin ich Ihnen umso mehr dankbar dafür, dass Sie hier solidarisch zusammen gestanden haben und ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextreme gesetzt haben. Die haben hier keine Chance.“

Bührig und Kameraden fuhren weiter ins 35 km entfernte Lehrte und rollten dort hinterm Stand der Linken ihre Transparente aus. Auch hier griffen sich in der Nähe befindende Teilnehmende der DGB-Kundgebung beherzt zu. Die Nazis zogen wieder den Kürzeren und verschwanden. Im »Infoportal Freier Kräfte aus Celle« versuchten sie anschließend ihre Aktionen zu begründen: „In Zeiten in denen Nationalisten ihre Grundrechte entzogen werden und es kaum mehr möglich ist, angemeldete Veranstaltungen in gewünschtem Rahmen durchzuführen, heißt das Losungswort der Stunde Flexibilität. In Celle und Lehrte suchten Nationalisten lieber den direkten Kontakt zu Bürgern und den Genossen der Gewerkschaften und Linksparteien, als in einigen hundert Kilometern im Polizeikessel zu stehen.“

Die Celler Kameraden hatten Unterstützung von der braunen Szene »Besseres Hannover« und Neofaschisten aus Bückeburg. Zur NPD und zuvor eng befreundeten Kameradschaften haben diese Organisationen inzwischen ein gebrochenes Verhältnis.

Infos zur Demo gegen die Sonnenwendfeier auf Seite 27.



## E.ON gegen Energiewende

Umweltorganisationen und das Bündnis klima-allianz deutschland haben anlässlich der Hauptversammlung von E.ON Anfang Mai den Konzern aufgefordert, sich von seiner verantwortungslosen Energiepolitik zu verabschieden. „E.ON redet davon, aktiv neue Wege zu gehen und sich zu E.ON 2.0 zu entwickeln. Tatsächlich jedoch verfolgt der Konzern weiterhin sein klassisches Geschäftsmodell mit Kohle und Atom, das hat mit einem neuen Konzern E.ON 2.0 nichts zu tun“, erklärte Heffa Schücking, Geschäftsführerin der Umweltorganisation urgewald. Dies bestätigte die Finnin Hanna Halmeenpää, die extra zu E.ONs Hauptversammlung angereist war. Sie engagiert sich im Verein Pro Hanhikivi, der gegen den geplanten Bau eines neuen Atomkraftwerks im finnischen Pyhäjoki kämpft. E.ON ist zu einem Drittel an dem finnischen Atomunternehmen Fennovoima beteiligt, das im Norden Finnlands ein neues Atomkraftwerk von bis zu 1800 MW Leistung errichten will. „Das Kraftwerk soll in einem hochempfindlichen Naturschutzgebiet errichtet werden, wo ansonsten nicht einmal Häuser gebaut werden dürfen. Aber die Bevölkerung will das AKW nicht und wir wehren uns. Am kommenden Wochenende veranstalten wir Hanhikivi-Tage, bei denen wir über die ökonomische Fragwürdigkeit des Projektes diskutieren und mit Konzerten, Demonstrationen, Theater und Vorträgen auf die Probleme des neuen Atomkraftwerks hinweisen wollen“, so Halmeenpää. Nachdem sich E.ON aus ökonomischen Überlegungen von seinen britischen Atomplänen verabschiedet hat, fordert sie das Gleiche für E.ONs finnische Atomträume, bevor diese Alpträume werden.

Im Kohlebereich sehen Umwelt- und Klimaschützer ebenfalls keine neuen Wege, die E.ON beschreitet. Immer noch macht vor allem die Steinkohle als Energieträger fast 40 Prozent der Erzeugungskapazitäten von E.ON aus. Und der Konzern plant den Bau weiterer Kohlekraftwerke: in Deutschland in Datteln, Großkrotzenburg (Staudinger) und Stade ebenso wie in Belgien, Italien und in den Niederlanden. „E.ON sollte endlich begreifen, dass in der Kohlekraft keine Zukunft liegt, denn selbst das effizienteste Kohlekraftwerk trägt noch massiv zum Klimawandel bei.“ Auch wirtschaftlich rechneten sich neue Steinkohlekraftwerke wegen des Ausbaus der Erneuerbaren längst nicht mehr. „Insbesondere in Datteln kämpft E.ON mit allen Mitteln dafür, den rechtswidrigen Steinkohlekraftwerksneubau Block 4 doch noch zu retten. Selbst einschlägige Zeitschriften wie die Wirtschaftswoche zählen 'Datteln 4' bereits zu den größten Investitionsruinen Deutschlands. Statt weiter Geld darin zu versenken, sollte sich E.ON endlich von dem Kraftwerksprojekt verabschieden“, sagte Daniela Setton, Referentin für Energiepolitik bei der klima-allianz deutschland.

PM Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, 03.05.2012



### Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3: Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011

Wir beantragen, den Vorstand der E.on AG nicht zu entlasten.

#### Begründung

Obwohl der Unfall im Atomkraftwerk Fukushima die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie und die Bedeutung des „Restrisikos“ gezeigt hat, hat E.ON im November 2011 Verfassungsklage wegen des Atomausstiegs eingereicht. Der Konzern ist damit als erster deutscher Atomkraftwerksbetreiber gegen die Stilllegung seiner Meiler vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Und nicht nur im Inland verteidigt E.ON seinen Atomkurs: In Finnland beteiligt sich der Konzern mit 34 Prozent an der Energiefirma Fennovoima, die neue Atomreaktoren in Finnland bauen will. Am geplanten Standort Pyhäjoki schlägt dem Konzern Widerstand entgegen, der sich davon jedoch nicht beeindruckt lässt.

Wenn es um Atomenergie geht, bringt E.ON das Klimaschutzargument an, tatsächlich jedoch plant bzw. baut der Konzern allein in Deutschland drei neue Kohlekraftwerke (Datteln, Staudinger, Stade), ebenso wie in Antwerpen (Belgien), Fiume Santo (Italien) und Maasylakte Port (Niederlande).

Mit diesem Beharren auf der Atom- und Kohleenergie verpasst der E.ON-Vorstand die Energiewende und gefährdet nicht nur die Sicherheit und das Klima, sondern setzt den langfristigen Wert des Unternehmens aufs Spiel.



## Facebook, Twitter & Co

Auf Einladung des Rosa Luxemburg Clubs Celle referierte Michael Schröder im Kino 8 ½ zum Thema Soziale Bewegungen und Soziale Medien (*Social Media*).

Social Media, wie Weblogs, Foto- und Videoportale, Soziale Netzwerke, wie Facebook & Twitter sowie Wikis ermöglichen für Soziale Bewegungen neue Formen der Kommunikation, die eine aktive und eingreifende - statt nur konsumierende - Teilhabe an der Öffentlichkeit erlauben. Die hier entstehenden Potentiale für eine Demokratisierung von Wissen und Informationen sind Bestandteil qualitativ neuer Protestformen und alternativer Gegenöffentlichkeit. Michael Schröder zeigte beispielhaft Aneignungspraxen auf und thematisierte die Potentiale - aber auch die Grenzen - von Social Media.

?: *Wie können durch den Einsatz von Social Media klassische Handlungsstrategien, wie z.B. Demos, Infostände oder Unterschriftensammlungen, bereichert bzw. optimiert werden?*

!: Durch den Einsatz digitaler sozialer Medien ist ein interaktiver Austausch – auch in Echtzeit – von Menschen untereinander räumlich unabhängig möglich. Nutzer\_innen haben die Möglichkeit, Themen selbst zu erstellen, zu kommentieren und zu diskutieren oder mediale Inhalte einzeln oder in Gemeinschaft zu gestalten. Social Media trägt insbesondere dazu bei, dass Informationen und Nachrichten im Internet eine sehr schnelle Verbreitung finden (Schwarmeffect) und man kann kostengünstig und schnell ohne viel Fachwissen eine Gegenöffentlichkeit bilden sowie mit breiter Streuung komfortabel Kampagnen publizieren.

?: *Nun ist nicht jede\_r Aktivist\_in technisch so versiert, eine Webseite einzurichten, und meist stehen keine oder nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Wie können die Vorteile von Social Media trotzdem genutzt werden?*

!: Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von kostenlosen Anbietern (*u.a. blogger.de, wordpress.com*), die eine Möglichkeit bieten, ohne Programmierkenntnisse einen Blog (Webtagebuch, Online-Zeitung etc.) zu publizieren. Für ein paar Euros im Monat und ein wenig technischem Verständnis in der Gruppe (irgendwer kann's bestimmen!) stehen auch alle Möglichkeiten eines Open-Source Content-Management-Systems, wie z.B. Joomla!, Typo3 oder Wordpress zur Verfügung. Hierfür gibt es tausende kostenlose Erweiterungsmöglichkeiten, mit denen du auf deiner eigenen Homepage z.B. Kommentarfunktionen für Beiträge, Umfragen, ein Dokumenten-Archiv, Online-Unterschriftensammlungen für Petitionen und sogar Spendensammlungen implementieren kannst; dies sogar mit der Integration der Sozialen

Netzwerke, wie Facebook, VZ oder Google+. Wenn dir dies zu viel Aufwand ist, hast du zumindest die Möglichkeit, innerhalb eines Sozialen Netzwerkes eine Gruppe zu bilden und von dort aus eine Kampagne zu starten. Auf Youtube kannst du mit einfachsten Mitteln, wie der Webcam in deinem Notebook, Videobotschaften in die Welt publizieren.

?: *Apropos Soziale Netzwerke: In deinem Vortrag hast du vor allem Facebook eher kritisch betrachtet. Wenn mir Anonymität und der Schutz meiner persönlichen Daten wichtig sind, wie verhalte ich mich, wenn ich mich in sozialen Netzwerken wie Facebook & Co bewege?*

!: Vor allem Facebook steht in der Kritik, unzureichende Bestimmungen zu Datenschutz- und Privatsphäre zu haben. Mittlerweile ist Facebook zum weltgrößten »Datenkraken« mit etwa 900 Mio. Mitgliedern mutiert, der nichts unversucht lässt, sich ein immer detaillierteres Bild von dir zu machen und um deine persönlichen Daten, wie z.B. E-Mail-Adressen, Anschriften, Telefonnummern oder selbst das Aussehen von deinen »Freunden« über Fotos auszuspähen. Deren Ziel ist es, dich - teuer verkauft - personalisiert bewerben zu können. (Kein Wunder bei einem »Marktwert« von fast 100 Milliarden USD). Des Weiteren bietet diese Sammlung persönlichster Daten selbstverständlich auch eine unerschöpfliche Informationsquelle für in- und ausländische



Nachrichtendienste und Strafverfolgungsbehörden. Wenn du die wirklich einzigartige Informationsbandbreite und Verbreitungsmöglichkeit von z.B. Facebook trotzdem nutzen willst (96 % der deutschen Internet-User\_innen in der Altersgruppe 14-29 Jahre sind in einem sozialen Netzwerk registriert), registriere dich mit einer extra dafür angelegten E-mail-Adresse bei z.B. GMX, Hotmail o.ä. und verwende (ist gem. Anbieter-AGB verboten) plausible Fake-Namen und eine »modifizierte« Adresse an deinem Wohnsitz. Gib keine persönlichen Daten zu deiner Person ein. Wenn du Repräsentant\_in einer Gruppe bist, schreibe etwas zu deiner Funktion und deinen Zielen, aber publiziere NICHT deine persönlichen Interessen oder deinen Musikgeschmack! Wenn du Bilder mit Personen als Inhalt, ob als Foto oder in einem Album, hochlädst, mache die Gesichter unkenntlich, damit die interne Gesichtserkennung von Facebook (oder Google) nicht mehr funktioniert!

?: Gibt es Alternativen zu Facebook, Twitter und Co?

!!: Mittlerweile gibt es unkommerzielle freie Alternativen zu Facebook und Twitter, die unter OpenSource lizenziert sind und deren Programmquellcode für jede\_n einsehbar sind. Zu den bekanntesten Alternativen zählt *Diaspora* (<http://diasporaproject.org>), eine freie, spendenfinanzierte Software, die sich durch eine dezentrale Struktur (deine Daten gehören dir und du speicherst sie, wo du willst!) und durch ein verteiltes System auszeichnet. *Diaspora* bietet dir »Schwarzes Brett«-Funktionen ähnlich wie Facebook, hat aber leider erst 370.000 Mitglieder global. Ähnlich arbeitet auch *friendica* (<http://friendica.com>). Eine offene Alternative zum bekanntesten Mikro-Blogging-Dienst Twitter ist *identi.ca* (<http://identi.ca>). Ziel dieses Dienstes ist es, Nutzer\_innen Freiheit und Transparenz zu garantieren, und es gibt mittlerweile sogar Erweiterungen zur Integration für bekannte Content-Management-System wie Joomla! oder Wordpress.

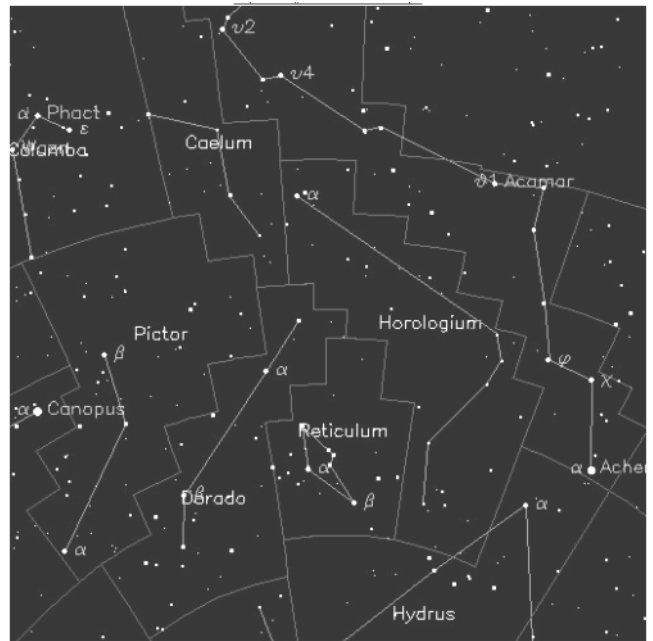


Sichere Einstellungen

## Facebook-Checkliste

Um bei Facebook zu halbwegs „sicheren“ Einstellungen zu kommen, gilt es eine ganze Menge zu beachten. Einigermassen übersichtlich ist die Checkliste des hessischen Rundfunks – zu finden unter:

[www.hr-online.de/website/rubriken/ratgeber/index.jsp?rubrik=55393&key=standard\\_document\\_40606745](http://www.hr-online.de/website/rubriken/ratgeber/index.jsp?rubrik=55393&key=standard_document_40606745)



## Blick nach Links # 7

Diesmal wendet sich der Blick nach oben, nämlich zu [www.fourmilab.ch/yoursky](http://www.fourmilab.ch/yoursky). Von dieser Seite ist es möglich, verschiedene Ansichten des Sternenhimmels zu erstellen, von jedem beliebigen Ort der Erde aus und zu jedem gewünschten Zeitpunkt. Und vor allem vorm heimischen Rechner.

Zunächst stellt man erst einmal die Geodaten des Ortes fest: Für Celle wären das 52°37'N 10°04'O.

Ausgeschrieben heißt das 52 Grad 37 Minuten nördlicher Breite, 10 Grad 04 Minuten östlicher Länge. Manch eine\_r erinnert sich dabei vielleicht noch vage an den Erdkundeunterricht. Nebenbei bemerkt, die Geodaten sind auch für den Bau einer Sonnenuhr maßgeblich, siehe z.B. hier: <http://www.bauanleitung.org/diverses/sonnenuhr-bauanleitung/>.

Zurück zu den Sternen. Wählen kann mensch zwischen »Sky Map«, die das sichtbare Firmament von dem gewählten Ort aus zeigt, oder man geht zu »Horizon View«: In dieser Ansicht wird nur ein Ausschnitt in einer Himmelsrichtung gezeigt, die beliebig wählbar ist.

Drittens wäre da noch das »Virtual Telescope«, in das sich die Himmelskoordinaten kosmischer Objekte eingeben lassen, um dann zu sehen, wo genau sie sich in einem Sternbild befinden.

Schön ist es natürlich auch, sich an die Aller zu setzen und einfach nur Sterne gucken. Möglichst weit weg von der Stadt, da wo die Umgebung ein bisschen dunkler ist. Und man muss ja auch nicht alles beim Namen nennen können.

## Wir sind noch da! Ätsch

Am 16. April 2012 gab es eine Demonstration für den Erhalt des Wohn- und Kulturprojekts »Biermannstraße 16«. Wir sprachen Mitte Mai mit den Bewohner\_innen.

?: *Wart ihr zufrieden mit der Demonstration und der öffentlichen Resonanz?*

!: Ja, wir sind zufrieden. Ist alles super gelaufen: Gute Organisation im Vorhinein, gute Stimmung trotz großer Frustration, nette Transpis, viele Redebeiträge ... Über 100 Menschen haben sich mit unserem Projekt und unseren Forderungen lautstark solidarisch erklärt und im Nachhinein noch nett bei uns aufm Innenhof den Abend ausklingen lassen. An dieser Stelle nochmal vielen Dank euch alle.

Schon während der Demo gab es viele Leute, die sich interessiert die Flugblätter durchlasen oder uns einfach gefragt haben, was denn Sache ist. Auch in der Zeit nach der Demo haben viele Menschen ihr Unverständnis zu den Untersagungen und der Kündigung ausgedrückt. Trotzdem glauben wir nicht, dass es uns gelungen ist, Menschen für eine allgemeine FreiRaum Thematik zu sensibilisieren, aber das ist vielleicht mit einer Demo auch nicht möglich.

Die Presse zur Demo haben wir bisher als recht positiv empfunden, bis auf dass die CZ, trotz gegenteiliger Aussage unsererseits und ohne zu recherchieren, die Lüge von unserem Vermieter Einsel übernommen hat, er habe die b16 als Lagerräume vermietet. An dieser Stelle wollen wir nochmal klar stellen, dass wir das Haus zu Vereinszwecken gemietet haben.

?: *Wie ist der aktuelle Stand jetzt Mitte Mai?*

Dadurch, dass es seit längerer Zeit keine Neuigkeiten von der Stadt oder dem Vermieter gibt, ist unsere Situation nach wie vor unklar und das mulmige Gefühl, dass wir vielleicht bald geräumt werden, klingt immer mit. Aber davon lassen wir uns nicht unterkriegen und haben mit dem Frühling wieder angefangen, am Haus zu arbeiten und Veranstaltungen wie dem Critical Mast Camp Raum zu geben.

?: *Was erhofft ihr euch von dem Gespräch, das Stadtrat*



*Kassel angeboten hat, und was sind eure Forderungen?*

!: Wir hoffen, dass sich das Gespräch nicht an den ganzen miet- und baurechtlichen Hin und Her aufhängt, sondern sich konstruktiv mit b16 als politisches Thema auseinandergesetzt wird und damit, wie wir den Freiraum b16 erhalten können. Und wenn das nicht klappt, so hoffen wir wenigstens, dass wir für uns ein bisschen Klarheit bekommen. Und wie schon bei der Demo sagen wir auch hier: Wir fordern die sofortige Rücknahme der Nutzungsverbote ! Wir fordern die Aufhebung der Kündigung !! Wir fordern die Stadt Celle, auf Position zu beziehen für eine tolerante Stadt, für alternative Lebensformen, für b16 !!!

und außerdem

Häuser für alle und zwar umsonst!

(Infos über das Projekt und bisherige Presse findet mensch auf <http://b16.blogsport.de>)

## Stoppt die neoliberale Krisenpolitik - enteignet die Krisengewinner!

*Zwar liegen die Blockupy-Tage von Frankfurt hinter uns, wenn ihr dieses Heft in den Händen haltet; das Thema aber bleibt brisant. Wir fanden den internationalen Aufruf ganz lesenswert und informativ, den der Wissenschaftliche Beirat von attac in die Welt gesetzt hat – und den wir hier dokumentieren:*

Wir erleben die tiefste Krise des Kapitalismus seit der großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre - und die europäischen Regierungen gießen ständig weiteres Öl ins Feuer! Einige Regierungen haben eine solidarische Lösung der Krise in Europa von Anfang an verhindert und sind maßgeblich für ihre Verschärfung verantwortlich. Besonders trifft dies auf die deutsche Regierung zu.

Sie blockierte im Herbst 2008 ein substanzielles Konjunkturpaket auf europäischer Ebene.

Kaum war der Tiefpunkt der Rezession in Deutschland im Jahr 2009 erreicht, predigte die deutsche Regierung, nun sei eine harte Sparpolitik notwendig. Die "Schuldenbremse" wurde im Grundgesetz verankert: Eine von neoliberaler Ideologie geprägte Selbstentmachtung der Politik.

Die Sparmaßnahmen in den verschiedenen EU-Ländern trafen vor allem Lohnabhängige, Rentner, Arbeitslose und kleine Selbständige, während die Reichen, die Banken und Konzerne ungeschoren davon kamen.



Im Frühjahr 2010 blockierte die Bundesregierung lange die Hilfe für Griechenland, so dass der Anstieg der griechischen Staatsverschuldung sich beschleunigte und eine Lösung dieser Krise immer schwieriger und immer teurer wurde. Die Kreditzusagen für Griechenland und andere Krisenländer wurden mit unsinnigen Auflagen verbunden, die die Krise weiter verschärfen mussten. So trägt beispielsweise die Senkung des griechischen Mindestlohns nicht zur Steigerung der "Wettbewerbsfähigkeit" bei, da das Land ohnehin kaum über international konkurrenzfähige Industrien verfügt. Stattdessen zerstört die Senkung des Mindestlohns weiter den griechischen Binnenmarkt, im Ergebnis brechen die Steuereinnahmen weg

und die Staatsverschuldung steigt weiter an.

Das Beispiel macht deutlich: Die gegenwärtige Krisenpolitik schreibt die Umverteilung von den Lohnabhängigen zu den Kapitaleignern ohne Rücksicht auf gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen fort. Die griechischen Löhne sind bereits um 20-30 % und mehr gesunken, Hunderttausende verlieren ihren Arbeitsplatz, mehr als 10.000 Schulen wurden geschlossen, Krankenhäuser bekommen keine Medikamente mehr, Kinder hungern. Ähnliche Entwicklungen drohen auch in Portugal und weiteren Ländern Europas.

Die neoliberale Politik, deren Scheitern in der Krise offenkundig wurde, wird nochmals radikalisiert. So zielt der "Fiskalpakt", den die Staats- und Regierungschefs von 24 Staaten der Europäischen Union am 2. März 2012 beschlossen haben, darauf ab, die neoliberale Sparpolitik für alle Zukunft gesetzlich festzuschreiben. Eine "Schuldenbremse" nach dem deutschen Vorbild soll europaweit verankert werden. Staatliche Haushaltsdefizite sollen zukünftig auf maximal 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden. Was dabei übersehen wird: Schon der in den 1990er Jahren vereinbarte "Stabilitäts- und Wachstumspakt" der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der noch ein Haushaltsdefizit von 3 % des Bruttoinlandsprodukts zugelassen hat, hielt der Realität einer von Krisen geprägten kapitalistischen Gesellschaft nicht stand. Das Defizit von 3 % wurde regelmäßig überschritten.

Doch der "Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion", wie der Fiskalpakt offiziell heißt, ist mehr als das Resultat der realitätsfremden Spinnerei neoliberaler Ökonomen und Politiker. Weitere Wellen der Privatisierung, der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen, des Sozialabbaus und der Lohnsenkung sind europaweit vorgeplant. Und das alles, um die Profite einer kleinen Gruppe von reichen Vermögensbesitzern zu sichern.

Die maßgeblich von der deutschen und der französischen Regierung vorangetriebene zerstörerische Politik wurde von fast allen Regierungen in der EU akzeptiert und umgesetzt, weil es in all diesen Ländern dominante Kapitalfraktionen gibt, die davon profitieren, dass die Lohnabhängigen verstärkt unter Druck gesetzt werden.

Die europäische Krisenpolitik führt zu einer zunehmenden Aushöhlung und Entwertung der Demokratie. Nicht zuletzt durch internationalen Druck wurden Regierungen in Griechenland und Italien abgesetzt und durch Regierungen von "Technokraten" ersetzt, um "die Märkte" zu beruhigen. Diese Regierungen treffen weit reichende Entscheidungen, ohne durch Wahlen legitimiert zu sein. Eine angekündigte Volksabstimmung zur Sparpolitik in Griechenland wurde auf Druck herrschender Kräfte kurzerhand wieder abgesagt. Wahlen werden sinnlos, wenn die großen Parteien wie zuletzt in Portugal und Spanien im Wesentlichen die gleiche Politik vertreten. Kompetenzen werden von der nationalen auf die EU-Ebene verlagert, ohne dass eine adäquate demokratische Kontrolle der Tätigkeit von EU-Institutionen wie der Europä-



ischen Kommission, der Europäischen Zentralbank oder des Europäischen Gerichtshofs möglich ist. Wir beobachten mit großer Sorge das Erstarken nationalistischer, rassistischer und faschistischer Kräfte in verschiedenen Ländern Europas.

Doch die herrschende Politik ist nicht alternativlos. Eine substantielle Alternative ist allerdings nur möglich, wenn die Ursachen der Krise richtig erkannt werden. Die staatliche Verschuldungskrise ist nur ein Aspekt der gegenwärtigen Krise in Europa. In ihr überlagern sich die Widersprüche der europäischen Integration (ungleiche Entwicklung, gemeinsame Geldpolitik ohne gemeinsame Lohnpolitik, Steuerpolitik und Industriepolitik) mit einer strukturellen Überakkumulation von Kapital. Es gibt zu viel Kapital, gemessen an den Möglichkeiten, Arbeit und Natur noch weiter auszubeuten.

Eine alternative Strategie der Krisenbekämpfung müsste zunächst folgende Elemente umfassen:

#### - Keine Ratifizierung des Fiskalpaktes

Der Fiskalpakt bedeutet eine weitere Entdemokratisierung, schreibt neoliberale Politik fest und verschärft die Krise.

#### - Streichung der Staatsschulden

In einem öffentlichen Schuldenaudit muss geklärt werden, wie die Schulden zustande gekommen sind und wer die Besitzer der Staatsanleihen sind. Die Schulden der einen sind das Vermögen der anderen. Die Ersparnisse und Rentenansprüche der breiten Masse der Bevölkerung müssen gesichert werden, doch die Zins- und Tilgungsansprüche der Reichen, der Banken, Hedge Fonds und Konzerne müssen annulliert werden.

#### - Vergesellschaftung der Banken

Banken, die mit öffentlichen Geldern gerettet werden, müssen vergesellschaftet werden. Banken, die "to big to fail" sind, müssen entflochten werden.

#### - Radikale Umverteilung von Einkommen und Vermögen

Wir benötigen eine Finanztransaktionssteuer, eine Steigerung der Steuern auf Kapitalerträge, eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine weitaus stärkere Progression in der Einkommensteuer, um zu einer nachhaltigen Finanzierung der Staatsausgaben zu gelangen, die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen, die Sozialleistungen zu erhöhen und sozial und ökologisch notwendige öffentliche Investitionen zu ermöglichen sowie die globale Armut zu bekämpfen.



#### - Überwindung der Massenarbeitslosigkeit

Die Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Lohnsenkungen sind wichtige Gründe für sinkende Lohnquoten und die Entstehung von überschüssigem Kapital, das den Finanzsektor aufbläht. Schluss mit Manipulationen der Arbeitslosenstatistik. Die Massenarbeitslosigkeit kann nur durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung beseitigt werden.

#### - Demokratisierung der Demokratie

Die Demokratie muss auf allen Ebenen, insbesondere auf der europäischen Ebene gestärkt werden. Sie muss auch den Bereich der Wirtschaft umfassen. Es kann nicht sein, dass die Demokratie an den Werkstoren und vor den Banken endet und dass eine kleine Gruppe privat über den Produktionsapparat verfügt, von dessen Entwicklung das Leben der Menschheit abhängig ist.

Die Unterzeichner\_innen des Aufrufs siehe unter: <http://www.stop-neoliberal-crises-politics.org/>



### Abschiedsbrief von Dimitris Christoulas

Der 77 Jahre alter Apotheker hat sich am 4. April 2012 in der Nähe des griechischen Parlaments erschossen.

"Die Besatzungsregierung Tsolagoglou\* hat wortwörtlich die Möglichkeit meines Überlebens auf null gesetzt, die sich auf eine menschenwürdige Rente stützte, für die ich 35 Jahre lang eingezahlt habe (ohne jeglichen Zuschuss vom Staat).?"

Weil ich ein Alter erreicht habe, wo ich nicht mehr in der Lage bin, aktiv zu intervenieren (ohne jedoch auszuschließen, dass wenn ein Grieche eine Kalashnikov ergriffen hätte, ich dann der zweite gewesen wäre), finde ich keine andere Lösung als ein würdiges Ende, bevor ich die Mülltonnen durchwühle, um mich zu ernähren.

Ich glaube, dass die Jugend ohne Zukunft eines Tages die Waffen ergreift, und am Platz der Verfassung die nationalen Verräter mit dem Kopf nach unten aufhängen wird, wie die Italiener 1945 mit Mussolini taten (am Platz Loreto in Mailand)."

\* Tsolagoglou wurde 1941 von den deutschen Besatzungskräften als Premierminister ernannt; Quelle: [www.cadtm.org/Lettre-manuscrite-de-Dimitris](http://www.cadtm.org/Lettre-manuscrite-de-Dimitris)

Occupy Frankfurt / beide Fotos: Sterneck; Generalstreik Griechenland / Foto: George Laoutaris

## EM 2012 – das Aus für Merkel?

Deutschland ist ein Land mit einer erfolgreichen und zugleich seltsamen Fußballgeschichte – eine seltsame Fußballgeschichte der Männer. Die folgende „typisch deutsche“ Betrachtung des »Büro für absurde Statistik« (BaSta) in Bremen konzentriert sich anlässlich der im Juni 2012 stattfindenden Endrunde der Fußball-Europameisterschaft auf die alles entscheidende Frage: Wer wird - nach Griechenland (2004) und Spanien (2008) - Europameister 2012?

Warum die deutsche Fußballgeschichte als seltsam bezeichnet werden muss, wird deutlich, wenn man die internationalen Erfolge im Fußball – hier immer nur die



Erfolge der Fußball spielenden Männer – betrachtet: dreimal Weltmeister - 1954, 1974 und zuletzt 1990, und zwar vor dem 3. Oktober - und dreimal Europameister - 1972, 1980 und zuletzt 1996. Sechs großartige Erfolge. Aber seltsam: Fünf dieser Titel wurden als geteiltes Land gewonnen. Vor der Teilung wurde kein Titel gewonnen. Und nach der Teilung? Anders als vom bayerischen Kaiser Franz B. nach dem Gewinn des dritten Weltmeistertitels prophezeit („Durch die Wiedervereinigung und die Spieler der DDR wird Deutschland auf Jahre unschlagbar sein.“), wurde bisher nur ein Europameister-Titel gewonnen. Das war vor nunmehr 16 Jahren, 1996 im Mutterland des Fußballs. Bisher also nur ein Europameister-Titel als geeintes Land – wie Holland oder die Niederlande, könnte man sagen.

Wie kam es zu diesem bisher einzigen „ungeteilten“ Titel einer deutschen Fußball-Nationalmannschaft der Männer im Jahr 1996? Was war die Basis, die Grundlage, ja, sogar das Fundament des Erfolges?

Die Antwort kann da nur in der Bundesliga gesucht und gefunden werden. Und was tat sich in der Bundesliga im Jahr vor der Europameisterschaft (1995) und im folgenden Europameisterschaftsjahr 1996? Im Jahr vor der Europameisterschaft wurde der BVB (Borussia Dortmund) Deutscher Meister. Im folgenden Europameisterschaftsjahr 1996 gelang dem BVB die Titelver-

teidigung – vor Bayern München, Schalke 04 und Borussia Mönchengladbach auf den Rängen 2 bis 4.

Vergleichen wir diese Basis, diese Grundlage und dieses Fundament des bisher einzigen Titels der Fußballnationalmannschaft der Männer eines nicht geteilten Deutschen Fußballbundes im Jahr 1996 mit der Bundesliga-Saison 2010/11 und von 2011/12: Der BVB wurde 2011 Deutscher Meister, wie 1995. Und der BVB hat diesen Titel 2012 verteidigt, wie 1996. Bayern München wurde 2012 Deutscher Vizemeister, wie 1996. Und wie am Ende der Saison 1995/96 belegten 2011/12 Schalke 04 und Borussia Mönchengladbach Rang 3 und 4.

Dies zeigt: Die Grundlage und das Fundament für den Gewinn des Europameistertitels durch die Mannschaft des DFB sind gelegt. 16 Jahre nach 1996 kann eigentlich kaum noch etwas schief gehen: Europameister wird am 1. Juli 2012 in Kiew mit unglaublich großer Bundesliga-Wahrscheinlichkeit die deutsche Fußballnationalmannschaft.

Dem sicher erscheinenden Titelgewinn sehen die Verantwortlichen des DFB in der Bankenmetropole Frankfurt am Main jedoch mit Sorge entgegen. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Finanzindustrie fragen sie (und nicht nur sie) sich in diesen Tagen: Was wird aus der Bundesrepublik Deutschland als Nachfolger der Europameister Griechenland (2004) und Spanien (2008)? Soll man nicht doch lieber auf den Europameistertitel verzichten? In den Wettbüros der Finanzindustrie setzt man eher auf Portugal oder Italien oder doch noch einmal auf Spanien.

Mit Sorge sieht auch die Bundeskanzlerin dem sicher erscheinenden Titelgewinn entgegen. Klar: Sie würde Jogi Löw, Bastian Schweinsteiger, Lukas Podolski und die anderen Männer gerne umarmen und zum Titelgewinn gratulieren. Aber selbstverständlich sind der Bundeskanzlerin die Ergebnisse älterer Studien des „Büro für absurde Statistik“ (BaSta) bekannt. Und die besagen: Nach dem Titelgewinn bei einer Fußballeuropameisterschaft folgt in der Bundesrepublik Deutschland bei nächstmöglicher Gelegenheit ein Kanzlerwechsel. Das war nach dem Titelgewinn 1972 so, als wenig später Helmut Schmidt Willy Brandt ablöste, beim Titelgewinn 1980, als wenig später Helmut Kohl Helmut Schmidt ablöste und auch nach dem Titelgewinn 1996, als wenig später Gerhard Schröder Helmut Kohl ablöste.

Verfasser und nicht verantwortlich für den Titelgewinn und die Folgen: Paul M. Schröder



## Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?

Keine Frage – mit Hartz IV ist eine gesellschaftliche Teilhabe nicht möglich. Wie das florierende »Tafel«-Unwesen zeigt, reicht's bei manchen ja nicht mal für die Lebensmittel. Da dies aber vorm Bundesverfassungsgericht höchstrichterliche Gnade fand, dehnt sich bürgerliche Mildtätigkeit jetzt auch auf die Kultur aus. »Kulturlogen« sollen jetzt die neutestamentarische Verkündigung alltagstauglich machen, wonach der Mensch nicht vom Brot allein lebe.

Worum geht's? Nicht verkaufte Restkarten von Theater- und Konzertveranstaltungen sollen an jene „armen Mitbürger“ (CZ) verteilt werden, deren amtlich zugeständenes monatliches Kulturbudget mehr als den Kauf einer Kinokarte nicht zulässt. Die Kartenverteilung soll jetzt in Celle ein Verein organisieren; die Gründung wird betrieben u.a. von der CDU-Ratsfrau Hannelore Fundeus. Gegenüber der CZ stellte sie das Projekt so vor: *„Eine Kulturloge ist ein Verein, der sich zur Aufgabe macht, denjenigen Menschen eine Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen, die dieses sonst häufig aus finanziellen Gründen nicht können. An die Karten kommt der Verein Kulturloge durch Restkarten, die Kulturveranstalter dem Verein zur Verfügung stellen. Dieser leitet die Karten weiter an Kulturinteressierte, die sich vorab bei dem Verein angemeldet haben.“* Ähnlich strukturiert ist wohl auch eins der ersten Projekte dieser Art in Marburg. Bei all der Bürokratie, die Hartz IV-Empfänger\_innen sonst gewohnt sind, hört sich dies fast nach einem einfachen Verfahren an. Aber ist es das? Wie sollen Angebot und Nachfrage zusammen kommen? Das Dilemma der Lebensmittel-»Tafeln« dürfte es auch im Kulturbereich geben: Wer Erdbeermarmelade mag und Pflaumenmus hasst, bekommt trotzdem Pflaumenmus – und wer gern ein Stefan Gwildis-Ticket hätte, wird mit einem Angebot für »Sweety-Glitter« nicht unbedingt glücklich werden. Kurz: Es dürfte einen ziemlichen Aufwand nach sich ziehen, Angebot und Interesse passgerecht zusammenzubringen.

Dabei gibt es ein Verfahren, das erheblich einfacher funktioniert und erprobt ist. Das Schlosstheater bietet seit Jahren so genannte »Last-Minute-Karten für Ermäßigungsberechtigte« an: *„Ermäßigungsberechtigte Kunden, die 20 Minuten vor Vorstellungsbeginn an der Abendkasse ein Ticket erwerben möchten, können die im Verkauf verbliebenen Tickets, unabhängig von der Preiskategorie, zum Pauschalpreis von EUR 6,00 erwerben.“* Ermäßigungsberechtigte Kund\_innen sind: Schüler, Studenten, Azubis (bis zum 30. Lebensjahr), Behinderte mit Ausweis und einem GdB von mehr als 50 v.H. und Empfänger von Sozialleistungen (SGBII, AsylbLG). Diese Personengruppe erhält schon auf die »normalen Karten« einen Rabatt von 50 %; aber bei den »Last-Minute-Karten« wird's eben noch einmal billiger.

Wo liegt der Vorteil eines solchen Modells? Zum einen gibt es keinen zeitlichen Vorlauf, zum anderen entfällt das ganze Verfahren, Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen. »Last-Minute-Angebote« sind – wie der Name schon sagt – anschlussfähig bis zur letzten Minute. Voraus geht dann auch nicht ein (unterstelltes) diffuses Interesse an »Kultur«, sondern der Wunsch, etwas Bestimmtes zu sehen oder zu hören. Gerade bei attraktiven Veranstaltungen im popkulturellen Bereich dürfte es anders auch kaum gehen. Der CD-Kaserne z.B. dürfte es schwer fallen, Tage vor einem »Event« Karten freizugeben – es sei denn der Vorverkauf lässt eindeutige Prognosen zu. Aber 10 Minuten vor Beginn gäbe es an der Abendkasse eine einfache Möglichkeit, z.B.: Sind noch 20 % der Plätze frei, werden 10 % an ermäßigungsberechtigte Besucher\_innen vergeben.



Der einzige Einwand gegen eine solche Regelung wäre, dass die Interessierten sich gelegentlich vergeblich auf den Weg machen werden – das wäre bitter für Menschen, die für den Abend z.B. mit Aufwand eine Kinderbetreuung organisiert haben. Aber da würde vielleicht schon ein Vorab-Anruf beim Veranstalter für eine gewisse Sicherheit sorgen.

Letztlich wäre der Aufwand für die Veranstalter geringer – und vielleicht wäre es sogar sinnvoll, die Karten nicht kostenlos, sondern ermäßigt (z.B. 25 % des Preises an der Abendkasse) abzugeben. Das würde dem Ganzen auch den Almosen-Charakter nehmen.

Ein Problem liegt – wie so häufig in diesem Bereich – darin, dass über die Betroffenen geredet (und bestimmt) wird und nicht mit ihnen über ihre Interessen und Bedürfnisse. Über einen Aufruf zur Vereinsgründung zu einer »Kulturloge« in der CZ wird das kaum gelingen. Andererseits gibt es eben leider auch keine repräsentative Interessensvertretung der Betroffenen.

## Die Rückkehr der Tiger von Malaysia

Wenn sich endlich wieder die Frage nach Lesestoff stellt, der sich verträgt mit sonnigsten Temperaturen, kann eine Antwort heißen: „Die Rückkehr der Tiger von Malaysia“. Der Verlag Assoziation A hat passend für Tage am Badensee den neuen Roman von Paco Ignacio Taibo II herausgebracht. Der eine oder die andere werden bei dem Titel vielleicht aufhorchen. Und in der Tat: Es geht um den malaiischen Prinzen Sandokan und seinen portugiesischen Freund Yanez de Gomara, die über eine mehrteilige Fernsehserie Ende der 1970er Jahre in Deutschland bekannt wurden. Der Stoff ist um einiges



älter. Emilio Salgari, ein italienischer Karl May, veröffentlichte erstmals vor 125 Jahren in einer Zeitungsserie den Roman »La Tigre della Malesia« – und ließ zehn weitere Romanbände folgen.

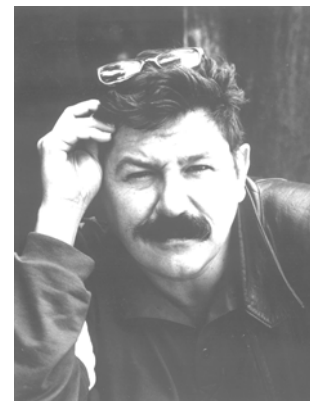
Taibo nimmt in seiner Fortschreibung der Saga den anticolonialen Impetus Salgaris, der schon Che Guevara faszinierte, auf und schickt die bei ihm gealterten »Piraten« erneut in einen Kampf gegen einen geheimnisvollen

Feind, der die Dörfer Borneos niederbrennt und ganz nebenbei die Befreiungskämpfer an Bord der »Mentiroso« herauszufordern scheint. So hissen Sandokan und Yanez wieder ihre rote Flagge mit dem Tigerkopf, ahnend dass es wieder gegen jenen Feind geht, der sie mit ihrer vielsprachigen Besatzung von Haudegen zusammenschweißt: die englische Krone. Dass sich im Laufe der Erzählung noch eine Überlebende der Pariser Commune und auch Old Shatterhand zu ihnen gesellen, ist weniger der Voralge als vielmehr Taibos Fabulierlust zuzuschreiben. Da wundert dann kaum noch, dass Yanez Briefe von Friedrich Engels mit sich führt. Wie überhaupt die beiden Protagonisten sich in ihren gelegentlichen philosophischen Gesprächen mindestens auf der Höhe der Zeit befinden – und vielleicht sogar ein bisschen darüber hinaus. Unterwasserabenteuer und die wahrscheinlich erste Luftschlacht der Geschichte verweisen auf Jules Verne, und mit Dr. Moriarty gehört auch Conan Doyles Bösewicht zu der imperialistischen Bande, die am Ende die Waffen strecken muss.

Wie schon in seinen »Schatten«-Romanen gelingt dem mexikanischen Schriftsteller auch im Genre des Piratenromans ein tempo- und facettenreiches Spektakel. Dabei nimmt er sich gegenüber Salgaris Saga eine Menge Freiheiten heraus, betont die politische Spannung

und die anticoloniale Seite der Abenteuer der Tiger. „Phantasie, schlechte Enzyklopädien und viel Erfindungsgabe; Anachronismen, reichlich viele Ungereimtheiten und überbordende Leidenschaften. Es ging nicht darum, eine Welt zu erforschen, sondern sie neu zu erfinden“, schreibt Taibo im Vorwort. So lohnt der Roman vielleicht auch mal als Geschenk für eine leseferne Jugend, die sich vom »Fluch der Karibik« hat begeistern lassen.

Zum historischen Hintergrund der »Tiger von Malaysia« gibt es übrigens einen interessanten Aufsatz von Bianca Maria Gerlich, die belegt, dass die drei Symbole des anticolonialen Kampfes, nämlich die Insel »Mompracem« (Basis der Tiger), die »Tigerflagge« und »Sandokan« mehr sind als ein bloßer Mythos.



Paco Ignacio Taibo II: Die Rückkehr der Tiger von Malaysia. Aus dem Spanischen von Andreas Löhner. ISBN 978-3-86241-412-3. 304 Seiten, erschienen März 2012 im Verlag Assoziation A, 19,90 €

Bianca Maria Gerlich: Sandokan of Malludu. The Historical Background of a Novel Cycle set in Borneo by the Italian Author Emilio Salgari, in: Archipel 1998, Vol. 55, S. 29-41; [http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/arch\\_0044-8613\\_1998\\_num\\_55\\_1\\_3440](http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/arch_0044-8613_1998_num_55_1_3440)

### Buchpräsentation

#### Francine Christophe: Nicht mehr Eure Welt

Francine Christophe wächst in einer assimilierten jüdischen Familie in Paris auf. Bei Kriegsbeginn ist sie sechs Jahre alt. Als ihr Vater in deutsche Kriegsgefangenschaft gerät, steht er, obwohl Jude, unter dem Schutz der Genfer Konvention. Francine und ihre Mutter werden 1942 verhaftet, beim Versuch, in den noch unbesetzten Teil Frankreichs zu fliehen, und schließlich im Mai 1944 als Geiseln in das „Austauschlager“ Bergen-Belsen verschleppt. Kurz vor der Befreiung werden sie in Richtung Theresienstadt transportiert und am 23. April 1945 bei Tröbitz befreit. Dort macht Robert Christophe seine Familie ausfindig. Die Autorin nimmt den Leser mit in einzelne Szenen und Situationen, die sich ihr eingepägt haben, aus der Sicht eines Mädchens im Alter von sechs bis zwölf Jahren.

Sonntag, 24. Juni, 11 Uhr – Gedenkstätte Bergen-Belsen

Francine Christophe: Nicht mehr Eure Welt – Ein Kind in Gefängnissen und Lagern 1942–1945, Göttingen (Wallstein), 19,19 EUR

## Rund ums Auge des Taifuns

„Griechen plündern ihre Banken“ – so ein Originalton in den Nachrichten von NDR-Info: Plündern? Es ging schlicht und einfach darum, dass griechische Bürger\_innen ihre Guthaben abhoben. Ein nachvollziehbarer Reflex. Und bevor sich für die Partei »Syryza« die Sprachregelung »radikale Linke« durchsetzte waren es »Linksextremisten«, was in Deutschland bekanntlich eine besondere Note hat. Nur zwei Beispiele dafür, dass uns deutsche Medien nur selten Erhellendes zu Protesten gegen Krisen zu berichten haben. Ein von Peter Birke und Max Henninger im Verlag Assoziation A herausgegebener Sammelband bietet hierzu ein wahres Kontrastprogramm.

Das »Auge des Taifuns« ist eine weitgehend windfreie, niederschlagsfreie und wolkenarme Zone im Zentrum eines Hurrikans. Ist nicht das die treffendste Metapher für die Situation in Deutschland? Und fällt es uns nicht deshalb so schwer, die Protestbewegungen des letzten Jahres einzuschätzen: Eine Revolution, die im tunesischen Sidi Bouzid begann. Wütende Proteste auf dem Syntagma-Platz in Athen. Streiks in China. Riots in England und Occupy Wall Street in New York. In Deutschland immerhin: Widerstand gegen Großprojekte in Stuttgart und anderswo, städtische Protestbewegungen in Hamburg und Berlin. Als Antwort auf die globale Krise und die von ihr produzierten sozialen Verwerfungen haben Zahl und Umfang der sozialen Konflikte stark zugenommen. Die Zurückweisung des europäischen Austeritäts-Diktats in Griechenland und die Revolten und Revolutionen im südlichen Mittelmeerraum sind dabei nur die prominentesten Beispiele.

Auf Grundlage von Lokaluntersuchungen und Fallstudien, die in den letzten beiden Jahren für »Sozial.Geschichte Online« geschrieben wurden, versucht der Band »Krisen Proteste«, eine erste Zwischenbilanz der Proteste, Aufstände und Streikbewegungen zu ziehen, die den bisherigen Krisenverlauf so entscheidend geprägt haben. Dabei wird die Globalität der Kämpfe ebenso in den Blick genommen, wie die Abstände vermessen werden, die zwischen den lokalen Situationen liegen.

Den Herausgebern geht es nicht um eine voreilige Synthese, sondern um eine Suchbewegung, die der Logik der Revolten nachspürt, den eigenen Sinn der Aufstände zu ergründen sucht und sie hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Durchsetzung von Würde und sozialer Gerechtigkeit befragt. Es geht um die emanzipatorischen Potenziale der aktuellen Bewegungen, aber auch um die Blockaden, Regressionen und Enttäuschungen, mit denen sie sich teilweise konfrontiert sehen.

Tunesien, Griechenland, Spanien, England, Italien und China werden dabei von Autor\_innen in den Blick genommen, die parteiisch Macht und Ohnmacht der



neuen Bewegungen analysieren. Peter Birke, der einige Male als Referent des Rosa-Luxemburg-Clubs in Celle war, widmet sich in zwei Beiträgen der Situation in Deutschland. Die Arbeitskämpfe untersucht er unter der prägenden Formel des Korporatismus – und er beschreibt in einem weiteren Aufsatz die aktuellen Proteste gegen das »Unternehmen Hamburg«.

Wer verstehen will, was los ist in Europa und Teilen der Welt, sollte dieses Buch unbedingt lesen – und statt dessen für zwei, drei Wochen auf die nur dumm machende Lektüre von »Spiegel« oder »Zeit« verzichten.

Peter Birke, Max Henninger (Hg.): KRISEN PROTESTE. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online, ISBN 978-3-86241-413-0, Hamburg/Berlin 2012, 312 Seiten, 18,00 Euro.

### Namenstudien – Karl Emil Franzos

Vor einigen Jahren hat Oskar Ansell ein Lesebuch »Zweigeist« mit Texten von Karl Emil Franzos herausgebracht. Die Faszination für den Erzähler des osteuropäischen Judentums hat ihn nicht verlassen. Jetzt hat Ansell einen Aufsatz von Franzos aus dem Jahr 1888 wiederveröffentlicht, in dem dieser die Zwangsvergabe von Nachnamen an Juden in Mittel- und Osteuropa gegen Ende des 18. Jahrhunderts schildert. Den historischen, sprach- und literaturgeschichtlichen Kontext sowie die Aktualität dieses wichtigen Textes erläutert Ansell in seinem Essay »Schall, Rauch, Schutz und Schild«.

Die Juden Osteuropas mussten, um zum Militär eingezogen und besteuert werden zu können, Nachnamen annehmen. Das Militär leistete sich bei der staatlich verordneten Namensvergabe üble, diskriminierende »Späße«, nicht zuletzt, um sich zur Mäßigung ihrer Willkür bestechen zu lassen. Franzos' Aufsatz ist das einzige umfassende literarische Zeugnis über diesen Vorgang. Wer noch nicht darüber nachgedacht hat, warum einige Nachnamen von Juden so »typisch jüdisch« und als solche erkennbar sind, kann in den »Namenstudien« eine Erklärung dafür finden.

Die zweisprachige Neuedition des Aufsatzes ist mit Anmerkungen, eine ausführliche Zeittafel und Werkchronologie und bibliographischen Hinweisen versehen.

Karl Emil Franzos: Namenstudien / Études de noms. Zweisprachige Ausgabe. Herausgegeben von Oskar Ansell, übersetzt von Ariane Lüthi, ISBN 978-3-941513-23-5, Hannover 2012 (hohesufer.com), 160 Seiten, 12 Euro,



## Kino 8 1/2 Open Air

Beginn jeweils  
um 20.00 Uhr



**Mittwoch, 20 Juni**

### MICMACS – UNS GEHÖRT PARIS

Ein Pariser Videothekar wird von einer verrirrten Kugel in den Kopf getroffen. Er findet Zuflucht bei einer Gruppe wunderlicher Außenseiter auf einem Schrottplatz, wobei ihn die Mitglieder dieser bizarren Patchwork-Familie dabei unterstützen, es den Urhebern seiner Misere heimzuzahlen. Das retrofuturistisch angehauchte Drama entwirft eine Welt voller magischer Dinge, um von der Liebe zu erzählen. Die überbordende Fantasie erweckt den Eindruck, als hätten sich Leonardo da Vinci und Monty Python in HD ausgetobt, wobei die Inszenierung vor allem durch das hervorragende Darstelleresemble stets ausbalanciert wird. Sehenswert ab 14.-

**Dienstag, 26. Juni**

### DAS LABYRINTH DER WÖRTER

Ein etwa 50-jähriger Gelegenheitsarbeiter lernt eine 95-jährige Seniorin kennen, die ihm im Park aus Büchern vorliest. Dies wird für den einfachen Mann zum Anstoß, selbst Romane zu lesen und sich auf seine Art in die elegante Alte zu verlieben, was nicht so recht zu ihm und seinem bisherigen Umfeld passt. Eine liebevoll und behutsam, emotional gleichwohl packend inszenierte Paargeschichte aus der französischen Provinz mit stark märchenhaftem Einschlag.

**Freitag, 29. Juni**

### BARFUSS AUF NACKTSCHNECKEN

Nach dem Tod ihrer Mutter kümmert sich eine arrivierte Pariserin um ihre auf dem Land lebende jüngere Schwester, die sich in einer Fantasiewelt bewegt. In der spannungsgeladenen Annäherung wird sich die Ältere ihrer Lebenslügen bewusst, trennt sich von Mann und Beruf und entwirft mit der Schwester eine gemeinsame Zukunft. Getragen von zwei herausragenden Schauspielerinnen und einem die surreale Fantasiewelt kongenial umsetzenden Szenenbild wirft der Film auf verspielte Art Fragen auf nach dem schmalen Grat zwischen "normal" und "verrückt", wobei er die Zwänge der bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellt.

KINDERKINO, Sa., 30. Juni, 15 Uhr

**Das alles im Französischen Garten !!!**

**Einlass ist ab 19 Uhr, Beginn: 20 Uhr,  
der Eintritt beträgt 2 Euro.**

\*\*\*

### Filmhits 2011/2012

Kurz vor Saisonschluss kann sich zwar noch etwas tun im Ranking der bestbesuchten Filme 2011/12 im Kino 8 1/2 (z.B. wegen »Barbara«), aber bis zum Redaktionsschluss ergab sich folgende TOP FIVE:

The Guard - Ein Ire sieht schwarz (Irland 2011)

Eine dunkle Begierde (GB 2011)

Sommer in Orange (Deutschland 2011)

Chinese zum Mitnehmen (Argentinien 2011)

Jane Eyre (GB 2011)

Mal wieder kein einziger Hollywood-Film! Von diesen fünf Filmen lag bundesweit »Sommer in Orange« am weitesten vorn (Platz 59) mit immerhin gut einer halben Million Besucher\_innen; es folgt auf Platz 111 »Eine dunkle Begierde« mit gut 260.000 Besucher\_innen.



# Politische Termine in und um Celle

So., 24. Juni, 11.00

## Buchpräsentation

Francine Christophe: Nicht mehr Eure Welt (siehe S. 24)

Gedenkstätte Bergen-Belsen

So., 1. Juli, 10.30

## Gedenkort von Kriegsgefangenen im Landkreis Celle

Fahrt zu den Kriegsgefangenenfriedhöfen nach Bergen-Belsen, Fallingbostal-Oerbke und Wietendorf. Vor Ort Führungen und Präsentationen verschiedener Schülerprojekte.

Leitung: Andreas Ege, Heinrich Gade, Martina Staats und Uwe Wrieden

Treffpunkt: Informationstresen im Dokumentationszentrum der Gedenkstätte

Die Veranstaltung ist kostenfrei. Um Anmeldung unter der Nummer 05051 – 47 59-110 wird gebeten.

So., 26. August, 11.00

## Erinnerungen an das Konzentrationslager Bergen-Belsen

Barbara Müller berichtet aus ihrer Lebensgeschichte - die 1925 in Polen geborene Barbara Müller wurde 1941 zunächst in Breslau zur Zwangsarbeit eingesetzt. Nach einer Haft in mehreren Konzentrationslagern gelangte sie mit einem Todesmarsch 1945 in das KZ Bergen-Belsen. 1947 heiratete sie einen Deutschen und lebt seither in Norddeutschland.

Gedenkstätte Bergen-Belsen

## Rosa-Luxemburg-Woche

vom 10.-15. September 2012

Schon mal vormerken: In der zweiten Septemberwoche gibt's ein spannendes Programm des Rosa-Luxemburg-Clubs u.a. mit Arndt Neumann (Bedingungsloses Grundeinkommen), Peter Schyga (Green Economy), Friederike Habermann (Halbinseln gegen den Strom), Martin Dolzer (Frühling auch in Nahost?)

Mehr beizeiten unter:

<http://rlc-celle.over-blog.de/>

## Schluss mit den Nazitreffen!

### Demonstration in Eschede am 23.06.2012, 14:00 Uhr Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede!

Am Samstag, den 23.06.2012 wird es wieder eine Demonstration gegen die Nazitreffen in Eschede geben. Beginn ist 14.00 Uhr am Escheder Bahnhof. Wir werden dann bis zur Kreuzung »Am Dornbusch/Zum Finkenberg« gehen. Seit Jahren engagieren wir, das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, uns vor Ort. Wir haben Aufklärungsarbeit geleistet in Form von Veranstaltungen und flächendeckender Verteilung von Informationen an die Haushalte in Eschede sowie Demonstrationen durchgeführt oder uns an Demos beteiligt, die von anderen Organisationen angemeldet wurden.

Dieses Jahr ist es so, dass das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus / DGB gemeinsam mit dem Escheder Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte und dem Netzwerk Orte der Vielfalt Hermannsburg die Demonstration durchführt.

#### AUFRUF zur DEMONSTRATION

Seit Jahren finden in Eschede Treffen von Neonazis unterschiedlichster Couleur statt. Die mehrmals im Jahr stattfindenden Sonnwendfeiern haben leider schon Tradition. Diese als Brauchtumsfeiern daher kommenden Treffen dienen der norddeutschen Naziszene als sinnstiftende, Gemeinschaft fördernde Zusammenkünfte. Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Termine und Aktionen abgestimmt, aber auch gefeiert.

Das Ganze ist alles andere als harmlos. Die Ideologie der Nazis ist menschenverachtend und absolut nicht zu tolerieren. Auf diese Treffen nicht zu reagieren kommt einem Tolerieren gleich. Dort, wo die Nazis ungestört sind, machen sie sich breit, sie nutzen die Möglichkeit, um neue junge Leute in ihre rechte Weltanschauung und ihr Nazilebensgefühl einzubinden.

Durch regelmäßige gemeinsame Naziaktivitäten – ungestört wie hier in Eschede, aber auch öffentliche, wie die ständigen Naziaufmärsche – verfestigt sich die Szene.

**Wir wollen den Nazis deutlich zeigen, dass wir ihr Treiben nicht tolerieren!**

\*\*\*

Wir haben diesmal ein umfangreiches Programm für den Demotag erarbeitet:

14.00 Uhr: Start am Bahnhof Eschede, Demo zur Kreuzung »Am Dornbusch/Zum Finkenberg«

15.00 Uhr: Gedenken an die Todes Opfer Rechter Gewalt / Bekanntgabe der Sieger des Logowettbewerb (Netzwerk Südheide) / Musik, Ausstellungen, Informationen, Aktionen gegen Rechtsextremismus

18.00 Uhr: Staffeltottesdienst: je ein Zug ab der Marinesiedlung und ab Eschede (Nähe Kreuzung Hermannsburger Straße / Bergener Straße) zur Kreuzung »Am Dornbusch/Zum Finkenberg«, dort gemeinsamer Abschluss



# Kunst & Kultur

Sa., 9. Juni, 15.00

## 14. Jugendjazztag

Kreistagssaal, Eintritt frei

Sa., 23. Juni, 17.00

## Grass'n'Groove

Erdverbunden-deftige Songs, Texte und Tanzmusik von damals aus der schlechten Zeit auf der Grünen Insel mit dem Celler Folkquartett

Garten an der Keramikwerkstatt Annette Dannhus, Schuhstraße 27, Eintritt frei

Fr., 29. Juni, 19.00

## Wind Machine ...

... das Jugendjazzorchester Niedersachsen unter der Leitung von Prof. Bernhard Mergner, u.a. mit Philip Dornbusch (Wienhausen), Nils Mosen (Ahnsbeck)

Hermann-Billing-Gymnasium

Fr., 29. Juni, 21.00

## Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Sa., 30. Juni, 17.00

## Christian Krause und Timo Warnecke

Folk und Blues

Biedermeierhof des Bomann-Museums, Zugang Stechbahn

Fr., 06. Juli, 21.00

## Freedom – The Party

CD Kaserne, AK 5,00

Fr., 13. Juli, 19.00

## Neue Jazz Initiative SESSION

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 14. Juli, 17.00

## Hamburg Klezmer Band

Hof der Celler Synagoge

Sa., 21. Juli, 17.00

## Pro arte musica »Love is all you need«

Garten an der Galerie im Haesler-Haus, Magnusstr. 5

Fr. & Sa., 20.-21. Juli

## Südwinen (Umsonst & Draußen)

Ratatöska (Berlin), Antillectual (NL - Nijmegen/Utrecht), Hore (Hannover), Alegra Weng & The Özdemirs feat. The Özdemirettes (Münster), Torture Pit (Berlin), Schnaps im Silbersee (Berlin), Outbreak (Celle), Paranoid Hendoroid (Münster/Südwinen), Braunschweig Pension (Pavillion Senior), Dos Santos (Celle), Late but here! (Celle), Bäck's in the City (Celle), Syringa (Celle), Underwear (Winsen/Aller)

Sa., 28. Juli, 17.00

## INTERMEZZO ARMONICO

Hans-Jörg Wegner und Martin Glück, Flöten. Ellen Wegner, Harfe

Innenhof des Bieneninstituts, Französischer Garten

Do., 02. August, 20.00

## Spy Austin / Leburn Maddox / Paul Jobson

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 11. August, 17.00

## Fairytales

Die Band um die Sängerin Jasmin Wegener bringt sowohl folkloristische, wie auch überraschend moderne Klänge auf die Bühne. Unterstützt von Violine, Gitarre, E-Bass, Keyboard und Percussion, entwickelt diese faszinierende Stimme zu polyphonen Gesangspassagen eine bestechende Aura irischer Klänge sowie energischere Stücke mit Tanzcharakter.

Alter Posthof Karstadt Bergstraße

Sa., 25. August, 19.00

## Bockpalast

Leider hatten wir bis zum Redaktionsschluss noch keine Infos über die auftretenden Bands.

## Ständige Termine

**Arbeitskreis "Eine Welt"**  
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstraße 29)

**Weltladen Öffnungszeiten:**  
Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

**AK Ausländer**  
jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr  
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

**Attac-Plenum**  
jeden 3. Di. im Monat  
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

**Forum gegen Atomenergie**  
jeden 2. Di. im Monat, 20.00  
Uhr – Buntes Haus

**Regionale Energie & Konsum-Wende (Transition Town)**  
jeden 1. Di. im Monat, 18.30  
Uhr – Buntes Haus

## ... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

**Plenum**  
jeden Do., 19 Uhr

**Info-Kneipe**  
Jeden Mo., 19.30 Uhr

**Archiv**  
jeden Do., 17-19 Uhr

**Infoladen**  
jeden Mo. 19-21 Uhr

Die nächste revista erscheint erst Anfang September. Redaktionsschluss ist der 20. August. Wie immer erwarten wir sehnsuchtsvoll eure Beiträge und eure Kritik. – Ansonsten wünschen wir euch einen super Sommer: „It's summertime and the living is easy, Fish are jumping and the cotton is high ...“ & danach in alter Frische: „Auf, auf zum Kampf! Zum Kampf! Zum Kampf sind wir geboren ...“